

Ist "Arbeit" ein konservativer Wert geworden?

Analyse der Kommunikation von Wertschätzung gegenüber der Erwerbsarbeit von ArbeiterInnen in den Wahlprogrammen von SPÖ, ÖVP und FPÖ, 1945-2019

Paulus Wagner & Ludwig List, Momentum Kongress 2021

Zusammenfassung der Forschungsergebnisse

Wir unterziehen die Wahlprogramme von SPÖ, ÖVP und VdU/FPÖ von 1945 bis 2019 einer qualitativen und quantitativen Textanalyse hinsichtlich der Kommunikation von Wertschätzung gegenüber der Erwerbsarbeit von ArbeiterInnen. Auf Grundlage dieser Analyse formulieren wir die Hypothese, dass zwar nicht das Volumen an Wertschätzung, aber die Präzision und Klarheit, mit welcher diese kommuniziert wird, sich historisch von der politischen Linken zur politischen Rechten verschiebt.

Die SPÖ der Nachkriegszeit führt einen *einigenden Arbeitsbegriff* ins Feld, der eine Diversität der Formen von Arbeit als wichtige gesellschaftliche Beiträge anerkennt, Arbeit sowohl als *Recht* als auch als *Pflicht* sieht und die Gesellschaft primär durch dieses Prisma der Arbeit begreift. Bis in die 1980er Jahre drückt sie Wertschätzung gegenüber (Erwerbs-)Arbeit durch eine standhafte Affirmation staatlicher Intervention in der Beschäftigungspolitik aus. Eine Diskursverschiebung geschieht ab den 1960er Jahren, indem Bildung(saufstieg) und Qualifikation ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken. Eine zweite vollzieht sich ab den 1980er Jahren, als der Arbeitsdiskurs der SPÖ technokratischer wird. Während der inhaltliche Einsatz für Fortschritte im Arbeitsrecht aufrecht bleibt, wird die Erwerbsarbeit von ArbeiterInnen jedoch zunehmend als Problemgebiet anstelle eines wertvollen Beitrags begriffen: ihre Arbeitslosigkeit muss verhindert werden; sie haben *Recht* auf Arbeitsplätze – braucht aber die Gesellschaft sie?

Die politische Rechte spricht ArbeiterInnen und ArbeitnehmerInnen während dem gesamten Beobachtungszeitraum durch den Begriff der *Leistung an*, welcher es erlaubt, den gesellschaftlichen Beitrag von UnternehmerInnen und ArbeiterInnen mit einem Maß zu messen und den Aufbau von Privateigentum zu seinem Ziel zu erklären. Während sowohl ÖVP als auch FPÖ die großen historischen Perioden ebenso mitgehen wie die Sozialdemokratie (Modernisierungs-, Bildungs- und Qualifizierungsdiskurs gewinnt seit den 1960er Jahren an Dominanz, etc.), scheint ab den späten 1980er Jahren, im makroökonomischen Klima der Austerität, zuerst die FPÖ und während der 2010er Jahre schließlich auch die ÖVP die Gelegenheit zu ergreifen, die Erwerbsarbeit von ArbeiterInnen durch einen nochmals gesteigerten, *produktivistischen Leistungsbegriff* und persönlich-charakterliche Wertungen zu valorisieren: Tüchtigkeit, Fleiß, Tatkraft, Aktivität, anständige Arbeit. Dies wird vor allem durch das saliente Thema der wohlfahrtsstaatlichen Politik ermöglicht: ein Sozialstaat, der unter budgetärem Druck steht, kann es sich nur leisten, die Tüchtigen zu inkludieren – nicht aber jene, die nicht arbeiten wollen. Hier wird durch einen *produktivistisch-chauvinistischen Arbeitsbegriff* sozusagen inverse Anerkennung ausgedrückt, nämlich durch die Herabwürdigung und Abgrenzung von anderen Gesellschaftsgruppen. Arbeit wird dabei mehr als *Pflicht* denn als *Recht* begriffen.

Es muss betont werden, dass ab 2008 Wertschätzung für Erwerbsarbeit und für ArbeiterInnen in den Programmen aller Parteien wieder zunimmt. „Anerkennung“ und „Wertschätzung“ z.B. gegenüber Lehrlingen, werden von einer SPÖ (2017) sogar explizit und ausführlich besprochen. Die SPÖ scheint hier quantitativ das Feld zu führen, liegt jedoch zurück, was die Klarheit und (rhetorische) Treffsicherheit ihres Diskurses betrifft.

Wie kann man in der Gegenwart den Wert der Erwerbsarbeit von ArbeiterInnen effektiv und treffsicher ansprechen, ohne in reine Leistungsdiskurse oder gar die beschriebenen produktivistisch-chauvinistischen Diskurse zu verfallen? Wir besprechen zum Abschluss mehrere mögliche Inspirationsfälle, nämlich: den „SystemerhalterInnen“-Diskurs, der während der Covid-19-bedingten Lockdownmassnahmen zu Tragen kam, den Diskurs der österreichischen Arbeiterkammer, jenen der Landes-SPÖ in drei sozialdemokratisch regierten Bundesländern und jenen, mit dem die deutsche SPD die Bundestagswahl 2021 gewann.

1. ArbeiterInnen, Anerkennung, Politik

Bis in die 1980er Jahre wurden ArbeiterInnen mit einem Votum für sozialistische Parteien assoziiert. In der Gegenwart hat sich das geändert: in den Ländern Europas und Nordamerikas tritt die sogenannte „white working class“ als Unterstützerin rechtspopulistischer Politik auf (Mckenzie 2017; Lamont et al. 2017; Gougou 2015). Österreich ist hier keine Ausnahme, eher im Gegenteil, sowohl am Ende der 1990er Jahre als auch während der 2010er Jahre wählte eine relative Mehrheit der ArbeiterInnen hier die radikale Rechte (Pelinka et al. 2000; SORA/ISA).

Gründe für solch epochale Verschiebungen gibt es viele. Durch die massive Bildungsexpansion, welche die Industrieländer seit den 1970er/1980er Jahren erlebten, wurden Bildung und ihre Geographie zu zentralen strukturierenden Faktoren der Gesellschaft und der Parteienlandschaft. In diesem Zusammenhang stellt die ländervergleichende Forschung den Trend fest, dass progressive Parteien zunehmend auf das Elektorat der wachsenden gebildeten Mittelschichten setzen (Kitschelt 1994; Oesch/Rennwald 2018; Gethin et al. 2021).

Die Gruppe der ArbeiterInnen dagegen schrumpft durch Deindustrialisierung und sektoriellen Wandel (Kurer 2020; Kurer/Palier 2019), macht Erfahrungen relativen sozialen Statusverlusts (Gidron/Hall 2017), muss durch Globalisierung und technische Modernisierung mit erhöhter Unsicherheit am Arbeitsmarkt zurechtkommen (Mughan et al. 2003; Rehm et al. 2012). All dies sind Faktoren politischer Entfremdung sowie einer Herausbildung von verallgemeinerter Unzufriedenheit und Groll, welcher sich leicht politisch mobilisieren lässt. Eben dieser Mechanismus wurde vielmals als zentrale Strategie rechtspopulistischer Parteien beschrieben und ist generell als „ModernisierungsverliererInnen“-These bekannt (Betz 1994; Demertzis 2020; Salmela et al. 2017).

Interessant ist dabei, dass sich „Verluste“, welche ArbeiterInnen im Rahmen von Modernisierungsprozessen erfahren haben mögen, keineswegs konsistent durch ökonomische Daten belegen lassen. Sowohl ArbeiterInnen mit höheren als auch mit niedrigeren Löhnen, mit besser und mit schlechter abgesicherten Beschäftigungsverhältnissen zeigen im Vergleich zu anderen Gesellschaftsgruppen im Durchschnitt eine Tendenz nach Rechts (Bornschiefer/Kriesi 2013; Häusermann 2020).

Viel erfolgreicher sind hier „kulturelle“ Erklärungsansätze, welche auf das *Maß an Anerkennung* abstellen, das eine Gesellschaftsgruppe in der Öffentlichkeit und von der Politik widerfährt (Fraser 2000, Betz 2021; weiterführend Honneth 1992). Die Debatte um eine „Politik der Anerkennung“ ist nach wie vor recht jung und kontrovers. Manche Beiträge betonen das *Gesamtmaß* an Anerkennung, welches einer Gesellschaftsgruppe *relativ zu anderen* wiederfährt, was einem Status in einer hierarchischen sozialen Ordnung entspricht (Gidron/Hall 2017). Dementsprechend lässt sich das politische Verhalten relativ gesprochener absteigender Gesellschaftsgruppen als Statusverteidigung bzw. als Versuch des Erhalts, wenn auch kleiner, Privilegien interpretieren (Inglehard/Norris 2019).

Andere Beiträge wiederum weisen darauf hin, dass Anerkennung und sozial anerkannte Identität für Menschen existenzbedeutend sei und dass unter anderem ArbeiterInnen vonseiten der gesellschaftlichen, staatlichen und politischen Eliten während der vergangenen Jahrzehnte hiervon zu wenig erfahren hätten. Fraser (2000) und ihr folgend Betz (2021) bezeichnen diesen absoluten Mangel an Anerkennung als „Verkennung“ (engl. *misrecognition*) (siehe aber auch Cramer 2017; Fukuyama 2018).

Der Versuch, dieses Phänomen treffend zu charakterisieren, kann uns zu zwei weiteren Begriffen führen: nämlich jenen der Kommunikation und der Resonanz (Rosa 2019). Anerkennende Kommunikation muss Resonanz mit der Lebenswelt ihrer AdressatInnen erzeugen: sie muss mit deren alltäglich erfahrenen Problemen und Erfolgen anklingen. Sie muss erfassen, worauf die AdressatInnen stolz sind – und wofür sie sich schämen, was sie anstreben und welche Werthaltungen sie dabei antreiben. Diese Elemente müssen so angesprochen werden, dass die AdressatInnen intuitiv eine Korrespondenz mit der eigenen Lebensrealität erleben.

Seit jeher wird konstatiert, dass populistische Politik im besten Sinne des Wortes *Demagogie* eine simplifizierende, propagandistische, und daher schlagkräftige Rhetorik anwendet, die bei WählerInnen rein kommunikativ leichter ankommt als die Versuche moderater Parteien, differenzierte Lösungen für komplexe Sachverhalte anzubieten. Die hier besprochene Theorie bejaht, dass ein Kommunikationsproblem besteht – jedoch erschöpft sich dieses nicht in einem Spannungsfeld von Simplifizierung versus Differenzierung. Vielmehr besteht ein noch grundlegenderer, substanzieller Mangel an *kommunikativer Resonanz* zwischen progressiven politischen AkteurInnen und der Gesellschaftsgruppe der ArbeiterInnen. Genaugenommen schlägt die Theorie vor, dass ein Mangel an Willen oder an Fähigkeit spätmoderner progressiver Politik besteht, *aner kennende, wertschätzende Kommunikation* mit der Gesellschaftsgruppe der ArbeiterInnen herzustellen und aufrechtzuerhalten.

Wenn Anerkennung ein Kern des Problems ist, muss man natürlich fragen: Anerkennung *wofür*? Bis hier wurden Anerkennung und Wertschätzung ja lediglich als „globale“ Erfahrung einer Gesellschaftsgruppe besprochen. *In welchen konkreten Belangen*, welchen Themen, bezogen auf welche Objekte aber muss man Wertschätzung praktizieren und kommunizieren, sodass Menschen sich insgesamt anerkannt fühlen?

Im Sinne Frasers (2000) muss anerkennende Kommunikation mit *Identitäten* übereinstimmen, welche die AdressatInnen für sich beanspruchen möchten. Im Sinne des *Resonanzbegriffes* Rosas (2019) kann sie auch mit *Erfahrungen* übereinstimmen, welche die AdressatInnen selbst alltäglich machen.¹ Das bedeutet, dass ArbeiterInnen freilich als „ÖsterreicherInnen“ angesprochen werden können und sich, so sie sich als solche identifizieren, auch angesprochen fühlen werden. Sie sind „Frauen“ und „Männer“, sie sind oft „AutofahrerInnen“, entweder „Stadt“- oder „LändbewohnerInnen“, „Jugendliche“, „PensionistInnen“, „Eltern“, haben (manche) Hobbies (im Durchschnitt mehr als andere) und so weiter. All diese Kategorien können mit Teilgruppen der Gesellschaftsgruppe der ArbeiterInnen sowie über diese hinaus Resonanz erzeugen.²

¹ In beiden Fällen spielt die Korrespondenz mit *Werthaltungen* und mit *affektiven Haltungen* eine wichtige Rolle. (Bzgl. letzterer, siehe Demertzis 2000.)

² Es versteht sich, umso mehr bei treffender kommunikativer Gestaltung. Ein Foto eines Kleinkindes z.B. wird bei Eltern intuitive Resonanz erzeugen, da diese sich selbst tagtäglich um ein solches kümmern oder gekümmert haben. Ein Satz, der eine konkrete Art von Erfahrung oder Werthaltung mit Identifikationswert anspricht, wird stärkere intuitive Resonanz erzeugen als die bloße Nennung einer Kategorie. Dies zu analysieren und umzusetzen ist Teil der Arbeit (u.a.) von Werbetreibenden und PR-ExpertInnen.

Ethnographische und Umfrageforschungen zu den politischen Einstellungen von ArbeiterInnen veranlassen uns jedoch zu der Proposition, dass die treffendste Identifikation dieser Gesellschaftsgruppe eben die namensgebende ist: nämlich ihre Erwerbsarbeit. Eben der Wert der eigenen Arbeit scheint etwas zu sein, worauf spätmoderne ArbeiterInnen stolz sind, womit sie sich identifizieren, den sie aber oft verkannt sehen, und den sie auch gegebenenfalls zur Rechtfertigung heranziehen, um ihre gesellschaftliche Position gegen jene abzugrenzen, die nicht (erwerbs-)arbeiten (Lamont 2000; von Oorschot 2000; Savage 2015).

Wenn der *Wert ihrer Erwerbsarbeit* ein Thema ist, via welches die (Wieder-)Herstellung anerkennender Kommunikation mit zeitgenössischen ArbeiterInnen schaffbar ist, in welchem sie aber auch schmerzhaft scheitern kann, dann ist detailliertes Wissen über diesen Mechanismus wertvoll. An erster Stelle muss eine Bestandsaufnahme der verschiedenen Ansätze stehen, auf breiter öffentlicher und politischer Ebene Wertschätzung gegenüber der Erwerbsarbeit von ArbeiterInnen zu kommunizieren. Deshalb formulieren wir die folgende Forschungsfrage:

Wie kommunizieren die politischen Parteien Österreichs, rein auf rhetorischer Ebene, Wertschätzung gegenüber der Erwerbsarbeit von ArbeiterInnen, und wie hat sich dies im historischen Zeitverlauf verändert?

2. Der Wert der Arbeit: Forschungsdesign & Methoden

Wir analysieren rhetorisch ausgedrückte Wertschätzung gegenüber der Erwerbsarbeit von ArbeiterInnen in den Wahlprogrammen der Sozialistischen bzw. Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ), der Österreichischen Volkspartei und Neuen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) sowie dem Verband der Unabhängigen (VdU) und späteren Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) von 1945 – 2019.

Zur Definition von „ArbeiterInnen“ ziehen wir das Berufsklassenschema von Oesch (2006) heran. Unter dem Begriff der ArbeiterInnen fasst es Fach- und HilfsarbeiterInnen in manuellen und in Dienstleistungsberufen zusammen (siehe Annex). Auf dem ISCO-Code der Internationalen Arbeitsorganisation basierend umfasst diese Definition die folgenden übergeordneten Berufsgruppen (für eine detaillierte Liste der einzelnen inkludierten Berufe, siehe Statistik.at¹):

Manuelle Fach- und HilfsarbeiterInnenberufe („manual workers“)

71 Bau- und Ausbaufachkräfte sowie verwandte Berufe, ausgenommen Elektriker

72 Metallarbeiter, Mechaniker und verwandte Berufe

73 Präzisionshandwerker, Drucker und kunsthandwerkliche Berufe

74 Elektriker und Elektroniker

75 Berufe in der Nahrungsmittelverarbeitung, Holzverarbeitung und Bekleidungsherstellung und verwandte handwerkliche Fachkräfte

81 Bediener stationärer Anlagen und Maschinen

82 Montageberufe

83 Fahrzeugführer und Bediener mobiler Anlagen

92 Hilfsarbeiter in der Land- und Forstwirtschaft und Fischerei

93 Hilfsarbeiter im Bergbau, im Bau, bei der Herstellung von Waren und im Transportwesen

96 Abfallentsorgungsarbeiter und sonstige Hilfsarbeitskräfte

Fach- und HilferbeiterInnenberufe im Dienstleistungsbereich („service workers“)

- 51 Berufe im Bereich personenbezogener Dienstleistungen
- 52 Verkaufskräfte
- 53 Betreuungsberufe
- 54 Schutzkräfte und Sicherheitsbedienstete
- 91 Reinigungspersonal und Hilfskräfte
- 94 Hilfskräfte in der Nahrungsmittelzubereitung
- 95 Straßenhändler und auf der Straße arbeitende Dienstleistungskräfte

Die drei genannten österreichischen Parteien wurden ausgewählt, da es sich in allen verfügbaren Wahlanalysen um die drei am meisten von ArbeiterInnen gewählten Parteien handelt.

Wahlprogramme wurden als passender Textkorpus ausgewählt, da diese den nach außen gerichteten Diskurs der Parteien zum jeweiligen historischen Zeitpunkt auf Bundesebene sowohl inhaltlich als auch in seiner strategischen Rhetorik widerspiegeln sollten. Durch das *Manifesto Project* sind Wahlprogramme aller in der Zweiten Republik abgehaltenen Wahlen verfügbar (Manifesto Project Database 2021). Ebenso ist ein Package für das Statistikprogramm R verfügbar, das quantitative Textanalysen ermöglicht.

Wir unterziehen diesen Textkorpus sowohl einer qualitativen als auch einer quantitativen deskriptiven Analyse. Unser Ziel ist es, festzustellen, *auf welche Weise* die Parteien Wertschätzung gegenüber der Erwerbsarbeit von ArbeiterInnen ausdrücken. Weiters sind wir in begrenztem und ausdrücklich qualifiziertem Maße in der Lage, Aussagen darüber zu treffen, *wieviel* Wertschätzung die Parteien gegenüber der Erwerbsarbeit von ArbeiterInnen *absolut, relativ zu anderen Themen, oder relativ zueinander* ausdrücken sowie verschiedene Dimensionen der *Signalstärke* der ausgedrückten Wertschätzung zu erfassen.

Obwohl wir denken, dass die Relevanz unserer Forschungsfrage mit dem Wahlverhalten von ArbeiterInnen zusammenhängt, unternehmen wir hier keine (Korrelations- oder Kausal-) Analyse dieses Zusammenhanges. Unser einziges Ziel, im gegebenen Projektstadium, ist es, die Variable der „kommunizierten Wertschätzung gegenüber der Erwerbsarbeit von ArbeiterInnen“ detailliert zu *beschreiben*. In späteren Arbeitsschritten oder anderen Projekten könnte diese deskriptive Arbeit die Basis bilden, diese Variable als erklärenden Faktor in einer Analyse z.B. von Wahlverhalten zu nutzen, wobei für die vielfältigen anderen Faktoren desselben kontrolliert werden müsste.

Im Rahmen der qualitativen Analyse wurden sämtliche Wahlprogramme nach drei Stichworten durchsucht, nämlich „Arbeit“, „Leistung“, und „Beruf“. Dies inkludierte Wortkomposita (z.B. Arbeitsplatz, Arbeitsmarkt, arbeitend, Leistungsträger, ...). Die kontextualisierte Verwendung dieser Begriffe (im Rahmen eines Satzes, eines Absatzes, eines Themas oder der Kreuzung mehrerer solcher) wurde in Hinsicht auf verschiedene Formen des Ausdrucks von Wertschätzung hin interpretativ analysiert. Hierbei galt besonderes Augenmerk den folgenden Leitfragen:

- Wie bzw. „als was“ wird Arbeit dargestellt?
- Wie werden die Arbeitenden dargestellt?
- Mit welchen anderen Begriffen werden beide in Zusammenhang gebracht?
- Mit welchen Themen werden sie in Zusammenhang gebracht bzw. im Rahmen welcher Themen werden sie erwähnt?

Es folgte eine komplette Lektüre ausgewählter Programme, um die punktuell verorteten Diskurselemente im Gesamtbild derselben zu verorten und um mögliche weitere Begriffe und Themenstränge aufzufinden. In diesem Stadium fielen u.a. die Begriffe der „Lehre“ und der „Beschäftigung“ auf, welche in künftigen Stichwortsuchen einbezogen werden könnten. Weitere relevante Stellen fanden sich z.B. in den Programmabschnitten zu Pensionen.

Es ist methodisch nicht immer einwandfrei möglich zu identifizieren, welche Bevölkerungsgruppe(n) bzw. welcher Bevölkerungsgruppen Arbeit mit einem konkreten Ausdruck angesprochen werden (geschweige denn, sich davon angesprochen fühlen). Etwa die Hälfte der ArbeiterInnen sind Frauen. Manche ArbeiterInnen sind jung, andere sind alt. Wenn die Situation der Frauen im Erwerbsleben besprochen wird, oder jene der „Jugend“, jene der „Älteren“ – bedeutet das, dass ArbeiterInnen angesprochen werden? Wir inkludieren daher all jene Stellen, wo von Arbeit in einer Weise gesprochen wird, in der potenziell die Arbeit von ArbeiterInnen inkludiert ist. Die Unterscheidung (und dies ist tatsächlich bereits ein Ergebnis) ist meistens dort zu ziehen, wo unterschiedliche (Aus-)Bildungs und Qualifikationsniveaus die Adressaten definieren.

Bei der angewandten Methode handelt es sich um eine klassische *interpretative Inhaltsanalyse*. Auf Grundlage des erarbeiteten Materials bestünde ggf. die Möglichkeit, in einem weiteren Schritt eine noch tiefergreifende Methodik wie die der *Diskursanalyse* (e.g. Keller/Truschkat 2013) anzuwenden.

Der Position des Themas der Arbeit in den Texten gilt dabei ein Augenmerk. So wurde, wo es relevant erschien, vermerkt ob Begriffe, Phrasen, etc. gehäuft vorkommen, in Überschriften oder Zwischenüberschriften vorkommen und ob sie weiter vorne oder weiter hinten im Programm vorkommen. Eine Analyse der Zentralität bzw. Sichtbarkeit von Diskursen in den Programmen konnte in diesem Projektstadium jedoch nicht auf systematische Weise durchgeführt werden.

Im Rahmen der quantitativen Analyse wurde ein Teil desselben Textkorpus an Wahlprogrammen (die Programme der SPÖ, ÖVP und FPÖ der Jahre 1999-2019) unter Nutzung der Programmiersprache „R“ abgerufen, bearbeitet und analysiert. Der Vorteil von R besteht darin, dass es für diese Sprache bereits ein vordefiniertes package namens „manifestoR“ gibt, welches die Arbeit mit der Manifesto Project Database mithilfe von vorgefertigten Befehlen stark vereinfacht.

In einem ersten Schritt wurden über manifestoR alle Wahlprogramme von SPÖ, ÖVP und FPÖ ab 1966 heruntergeladen. Wahlprogramme vor der Wahl 1966 stehen im Manifesto Project derzeit nicht zur Verfügung. Da die Wahlprogramme vor der Wahl von 1999 bisher nur in gescannter Form, nicht aber in codierter Form vorliegen kann R nur mit den Wahlprogrammen ab 1999 vollständig arbeiten. Alle Wahlprogramme wurden vor der weiteren Analyse wie folgt präpariert. Zuerst wurden alle Buchstaben in Kleinbuchstaben umgewandelt, alle Zahlen, Punktationen sowie deutsche Füllwörter (oft benutzte Wörter die für die inhaltliche Analyse nicht relevant sind und die Ergebnisse verzerren könnten) entfernt. Eventuelle doppelte Leerzeichen wurden in einfache Leerzeichen umgewandelt. In einem zweiten Schritt wurden alle Wörter anhand eines Algorithmus auf ihre jeweiligen Wortstämme reduziert und etwaige neue Füllwörter ebenfalls entfernt.

Sodann wurden mehrere textanalytische Operationen durchgeführt. Erstens wurden die am häufigsten benutzten Worte der verschiedenen Programme sowie jene in allen Programmen (1999-2019) der drei Parteien gezählt. Zweitens wurden Korrelationen errechnet, welche anderen Worte am häufigsten in der Nähe zu „Arbeit“ und „Leistung“ vorkommen.

Wir möchten betonen, dass wir in diesem Artikel bewusst *einzig und allein Ausdrucksweise und politische Rhetorik* analysieren, nicht programmatische Inhalte. Der Diskurs bzw. die Rhetorik politischer Parteien steht natürlich in einem direkten, wenn auch komplexen Bezug zu ihrer inhaltlichen Programmatik. Eine Trennlinie zwischen diesen zu ziehen ist ein methodisches Problem, dass im (qualitativen) Analyseteil, wo erforderlich, angesprochen wird.

3. Historischer Kontext

Vor der Präsentation der Analyseergebnisse möchten wir einige relevante Fakten zum historischen Kontext zeigen, welche unsere Forschungsfragestellung und Dateninterpretation umrahmen. Diese inkludieren das Wahlverhalten der ÖsterreicherInnen in den Nationalratswahlen 1945-2019 und noch mehr, das Wahlverhalten der ArbeiterInnen in ebendiesen Wahlen (Daten konnten für 1979-2019 aufgefunden werden). Da sich viele der Debatten in den Wahlprogrammen um das Thema der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen sowie der Arbeitslosigkeit drehen, zeigen wir Daten zur österreichischen Arbeitslosenquote von 1950 – 2020. Daten zur makroökonomischen Lohnquote runden ein grobes Bild der sozioökonomischen und soziopolitischen Position der österreichischen ArbeiterInnen während der Zweiten Republik ab.

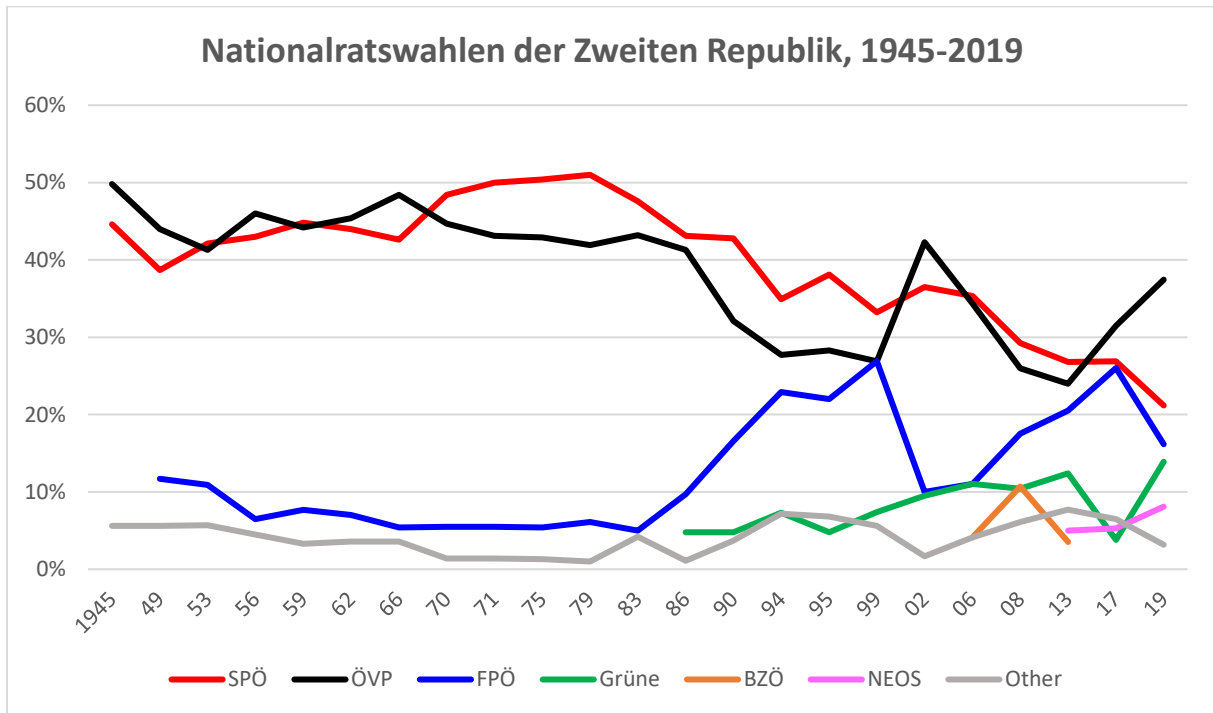


Abb.1: Nationalratswahlen der Zweiten Republik, 1945-2019. Quelle: BMI / Bundesministerium für Inneres.

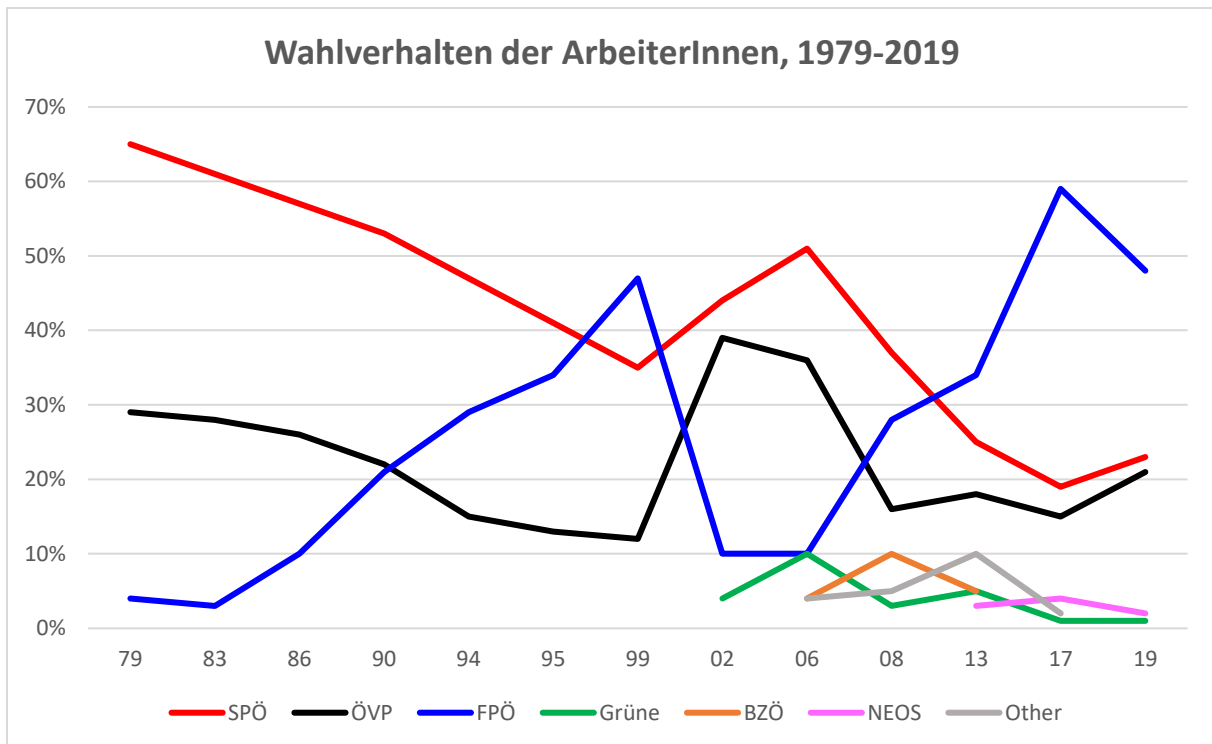
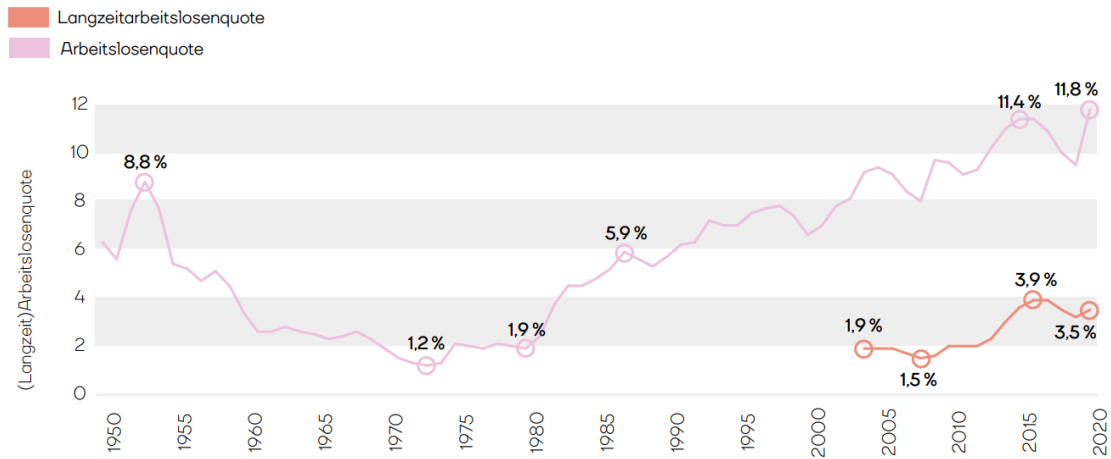


Abb. 2: Wahlverhalten der ArbeiterInnen in österreichischen Nationalratswahlen, 1979-2019. Quellen: SORA/ISA für 2002-2019; Pelinka et al (2000) für 1979-1999.

Die SORA/ISA Wahltagsbefragung für den ORF zur Nationalratswahl 2017 ergab in Hinsicht auf Wahlmotive von ArbeiterInnen, dass „die FPÖ die Stimmung in dieser Gruppe am besten nutzen [kann]: Über 80% der ArbeiterInnen sind mit der Arbeit der [rot-schwarzen] Bundesregierung unzufrieden, und 54% sehen Österreich als „eher ungerechtes“ Land.“

Die präzise Definition von „ArbeiterInnen“, „Angestellten“, usw., welche SORA/ISA und andere Umfrageinstitute hier benutzen, ist leider nicht zugänglich. Die Analysen zum Wahlverhalten der ArbeiterInnen zeigen jedoch in Hinsicht auf globale Trends ähnliche Ergebnisse bei Nutzung unterschiedlicher Definitionen und Operationalisierungen (so entsprechen diese Zahlen in Hinsicht auf globale Trends z.B. Analysen, die auf Daten des European Social Survey (ESS) unter Nutzung verschiedener Berufsklassen-Schemata durchgeführt wurden, siehe z.B. Oesch/Rennwald 2018).



Anmerkungen: AL-Quote ab 1987 inkl. SchulungsteilnehmerInnen, ab 2004 inkl. aller Status außer Fachkräftestipendium;
 LZAL-Quote inkl. aller Status außer Fachkräftestipendium
 Quelle: Momentum Institut (2021)

Abb. 3: (Langzeit-)arbeitslosigkeit 1950-2020

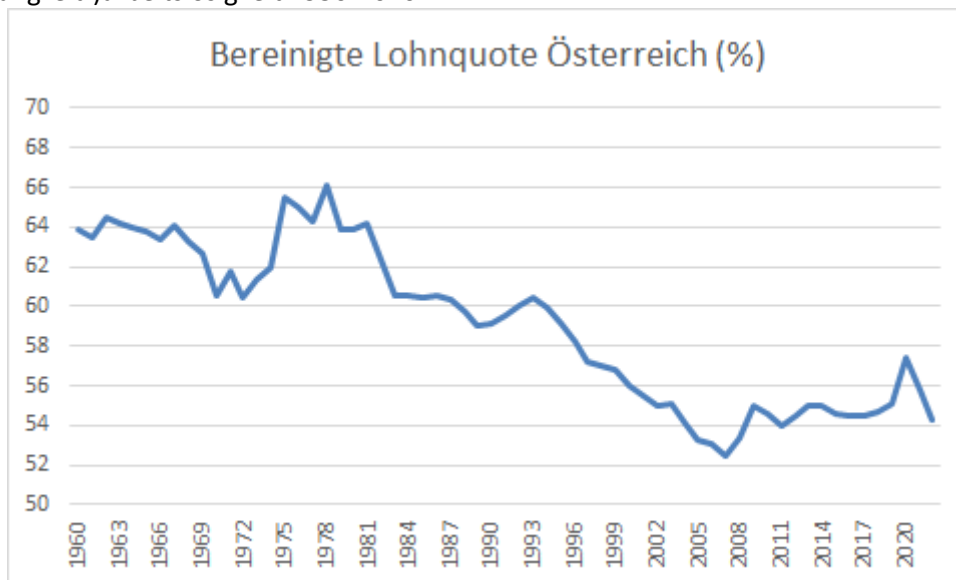


Abb. 4: Bereinigte Lohnquote Österreich. Quelle: AMECO.

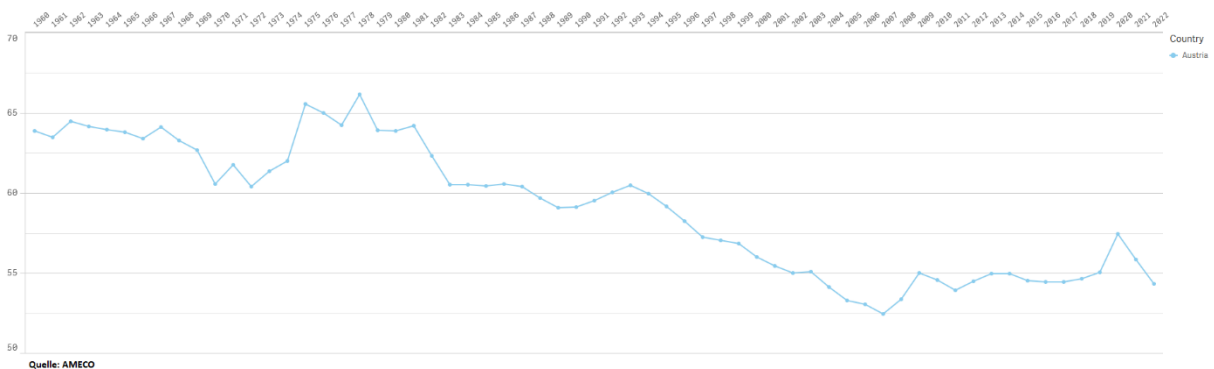


Abb. 5: Fallende Lohnquote, Lohnabschlüsse unter Benya-Formel, steigende Ungleichheit, schwächere Gewerkschaften

Wie man an Abb. 5 sehen kann, ist die Lohnquote in Österreich in den letzten 43 Jahren kontinuierlich gefallen. Entsprechend das Einkommen der ArbeitnehmerInnen 1980 noch zwei Drittel des BIP, so erhalten sie heute nur noch knapp die Hälfte. Das BIP teilt sich in Lohnquote und Gewinnquote auf - eine sinkende Lohnquote impliziert also eine steigende Gewinnquote. Auf der funktionalen Einkommensebene hatten wir es in den letzten vier Dekaden also mit einer Umverteilung des nationalen Einkommens von Arbeit weg hin zu Kapital zu tun.

Die Gründe für diese Umverteilung sind vielfältig, etwa die gesunkene gewerkschaftliche Verhandlungsmacht im Zuge von immer höheren Arbeitslosenzahlen (siehe Abb. 3), die sich etwa in kollektivvertraglichen Lohnerhöhungen unter der Summe von Inflation und Produktivitätszuwächsen manifestiert. Wachsen die Löhne langsamer als Preise und Produktivität zusammen, sinkt der Anteil der Lohneinkommen am BIP (selbst, wenn die Lohneinkommen insgesamt steigen).

4. Ergebnisse der qualitativen Textanalyse

4.1 SPÖ

In der direkten Nachkriegszeit zeigt sich in den SPÖ-Programmen die Identität einer Arbeiter(Innen)bewegung. Dementsprechend artikuliert man eine Vision der Gesellschaft durch das zentrale Prisma der Arbeit, und zwar aller Arten von Arbeit. Man steht „für die Rechte des Volkes und die Interessen der arbeitenden Menschen in Stadt und Land“, für „die Werkstätigen aller Berufe“, denn „alle arbeitenden Schichten müssen zusammenstehen.“ Diese Perspektive zieht sich durch, so „leidet das arbeitende Volk unter dem Elend, das eine Folge der Kriegs- und Nachkriegsereignisse ist“, „die ungeheuren Anstrengungen, die notwendig sind, um unser Land aus dem Elend herauszuführen, werden von den arbeitenden Massen [...] geleistet werden“, dazu müssen „alle werktätigen Schichten in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse“ zusammengefasst werden. Die gesellschaftlichen Beiträge verschiedener Berufsgruppen werden durch dieses Prisma verstanden, so tritt man z.B. auch für die „Würdigung der volkswirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung der geistigen Arbeit und [...] Verbesserung der Lebensbedingungen der geistigen Arbeiter auch in den sogenannten freien Berufen“ ein. In ihrem Parteiprogramm 1947 garantiert die SPÖ „den Bauern, Gewerbetreibenden, Kaufleuten und allen anderen Werkstätigen [...] ihr Arbeitseigentum“. Ähnliche Formulierungen enthält noch das Wahlprogramm 1959: „Arbeiter und Angestellte sind durch ihre unabhängige, der Unsicherheit der kapitalistischen Wirtschaft preisgegebene Existenz zu einer sozialen Schicksalsgemeinschaft verbunden. Mit ihnen stehen die Selbstständigen in Land und Stadt, die Intellektuellen und Akademiker, deren Existenz auf ihrer Arbeit und nicht auf Kapitalmacht begründet ist, in wirtschaftlicher Interessengemeinschaft.“

Es wird eine Klassengesellschaft beschrieben, die „Partei der Arbeitenden“ der (konservativen) „Partei der Industrieherrn“ gegenübergestellt. Der „Ertrag der gesellschaftlichen Arbeit“ muss „gerecht verteilt werden“. Entsprechend sieht man „die Wirtschaft im Dienst des arbeitenden Volkes“. Keine „privatkapitalistische oder staatskapitalistische Macht“ brauche es, sondern eine „gemeinwirtschaftliche Ordnung“, einen „demokratischen Ausgleich persönlicher und gemeinwirtschaftlicher Interessen“. Dieses Ziel soll durch „Wirtschaftsplanung und durch demokratische Kontrolle der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel sowie der Verteilung des volkswirtschaftlichen Ertrages“ erreicht werden. Unabhängigkeit des österreichischen Staates und Wiederaufbau sind in der Nachkriegszeit zentrale Themen; gleichzeitig liegt die Wirtschaft am Boden, die Arbeitslosigkeit ist hoch. Hier positioniert man sich: „Nicht Arbeitszwang oder Arbeitsdienst, nur die Vollbeschäftigung [...] schafft die Möglichkeit einer Erhöhung der Lebenshaltung und sichert das Recht der Jugend auf Berufsausbildung und auf Arbeit, das Recht des Arbeitsmenschen auf Existenz,

auch dann, wenn er nicht oder nicht mehr arbeitsfähig ist.“ Der Zielzustand ist dann erreicht, „wenn alle Räder sich drehen und alle Hände und Hirne tätig sind“. Einer der „wichtigsten Ansprüche des Staatsbürgers ist das Recht auf Arbeit“ (und „ein anderer das Recht auf menschenwürdige Wohnung“). Das „Recht auf Arbeit“ wird von der SPÖ während der gesamten untersuchten Periode (1945-2019) bejaht und betont.

Was die „goldenen“ Wachstumsjahre auszeichnet, ist, dass Vollbeschäftigung durch staatliches Handeln, d.h. durch Einsatz staatlicher Budgetmittel, beworben wird. „Aktive Arbeitsmarktpolitik“ bezeichnet zunächst das Schaffen von Arbeitsplätzen mithilfe staatlicher Intervention. Dies beinhaltet öffentliche Investitionsprogramme des Bundes und der Länder: „Eine weitere Steigerung des Volkseinkommens bringt eine weitere Erhöhung des Lebensstandards, sie setzt eine auf einem Wirtschaftskonzept beruhende Investitionspolitik zur Steigerung des Ertrags und der Produktivität voraus.“ Unter anderem die Exportwirtschaft und der Fremdenverkehr sollen gefördert werden. „In Notstandsgebieten“ sollen „neue Dauerarbeitsplätze geschaffen werden“. Das „Eigentum der Republik Österreich an den verstaatlichten Unternehmungen“ wird im Sinne einer „Gemeinwirtschaft“ beworben, die „Leistungen für alle“ bringt. Es brauche eine „planmäßige Entwicklung der Produktion und der Produktivität zur Sicherung der Vollbeschäftigung und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze“ (1959). Noch 1966 werden „weitere Ertragssteigerungen“ und „Produktionsprogramme“ der Verstaatlichten besprochen, eine „Steigerung ihres Exportanteils“; „technische Errungenschaften“ der öffentlichen Betriebe seien „zum Nutzen der gesamten österreichischen Wirtschaft“. Ab 1966 wird unter dem Stichwort der „aktiven Arbeitsmarktpolitik“ auch die Arbeitsmarktförderung zum Thema. Zu diesem Zeitpunkt noch unter dem Slogan „Arbeit für alle“ zielt diese u.a. auf „ausreichende Existenzsicherung bei notwendiger Umschulung“ sowie auf „Beschaffung von Wohnraum und Gewährung von Übersiedlungshilfen bei einem notwendigen Wechsel des Arbeitsplatzes“.

Während der genannten Periode gibt es viele Fortschritte im Arbeits- und Sozialrecht zu verzeichnen. Diese betrifft u.v.a. die Forderung des „Recht[s] auf gleichen Lohn bei gleicher Arbeit für Mann und Frau“ (Thema, das bis zum Ende des Beobachtungszeitraumes, d.h. 2019, bei allen Parteien aktuell bleibt), den Ausbau der Krankenversicherungsanstalten, die „Verkürzung der Arbeitszeit im Einklang mit der Steigerung der Produktivität“, die schrittweise Erhöhung des Mindesturlaubs für Arbeiter und Angestellte, den „schrittweise[n] Ausbau der bestehenden Pensionsversicherung für die Selbstständigen und Unselbstständigen, bis die Pensionen mit der Steigerung des allgemeinen Volkseinkommens automatisch Schritt halten.“ Eine „Angleichung des Arbeitsrechtes der Arbeiter an jenes der Angestellten“ wird v.a. von der SPÖ, oft jedoch auch von den anderen Parteien (mit unterschiedlichen inhaltlichen Prioritäten) seit den 1950er Jahren bis zum Ende des Beobachtungszeitraumes gefordert. Auch die „Eingliederung der Körperbehinderten in das Erwerbsleben durch medizinische und sozialpolitische Maßnahmen“ ist bereits in den 1950er Jahren eine Forderung.

Die „Steuern der Arbeitenden“ zu senken bzw. die „Entlastung des Faktors Arbeit“ ist in Österreich zu nahezu jedem Zeitpunkt ein Ziel nahezu jeder Partei. So sollen auch von SPÖ-Seite wiederholt „die lohnsteuerpflichtigen Arbeiter, Angestellten und Beamten sollen weiter entlastet werden“ (hier 1962). Als arbeitende Berufsgruppe, die spezifisch angesprochen wird, hebt die SPÖ z.B. die Kleinbauern hervor. So heißt es 1962: „340.000 Bauern, das sind 85 Prozent aller bäuerlichen Betriebe, besitzen nur eine Bodenfläche bis zu 20 Hektar. Für die Existenzsicherung dieser Bauern tritt die Sozialistische Partei ein [und] bekenn[t sich] zur agrarischen Marktordnung, die durch eine Lenkung der Produktion den kleineren und mittleren Bauern gesicherten Absatz und ausreichende Preise für ihre Erzeugnisse verbürgt. Quer durch ihre Programmgeschichte benutzt die SPÖ vereinzelt den Begriff der „Leistung“ (s. auch oben bezogen auf den Wiederaufbau) – in einem ähnlichen Sinne,

aber mit geringerer Verhärtung, als es eine ÖVP tut (siehe unten). Spricht man in den späten 1940er und 50er Jahren vornehmlich von kollektiver Leistung, so tritt in den 1960er Jahren auch bereits ein individueller Leistungsbegriff auf, als „[...] alle Staatsbürger gleichberechtigt sind und jedem der Weg zum persönlichen und beruflichen Aufstieg durch Wissen, Leistung und Charakterstärke offensteht.“

1970 und ´71 titelt man „Leistung – Aufstieg – Sicherheit: für ein modernes Österreich und seine Menschen“. Modernisierung wird zum Leitnarrativ. Man will „Österreich Europareif machen“ und einen Platz in der „zunehmend integrierten Weltwirtschaft“. Bildung, Forschung, die Modernisierung verschiedener Industriebereiche und der Infrastruktur werden betont.

Während der 1970er Jahre trifft die Weltwirtschaftskrise auch Österreich. Die SPÖ wehrt sich gegen „konservative“ Wirtschaftspolitiken, die Arbeitslosigkeit bewusst in Kauf nehmen, und rühmt sich einer niedrigeren Arbeitslosenrate, als sie andere Industrieländer haben. Staatliche Beschäftigungspolitik ist das Instrument der Krisenpolitik. 1979 resümiert man eine Dekade des materiellen Fortschritts: "Hand aufs Herz: den meisten von uns geht es doch besser als je zuvor". „Löhne, Gehälter, Kaufkraft sind kräftig gestiegen“, „Spareinlagen [...] und Privatkonsumausgaben ebenso“. Man spricht von Wohnungen und PKWs, der Abfertigung für Arbeiter, einer starken Pensionssteigerung: überall sieht man Wachstum. "Sichere Arbeitsplätze in modernen Betrieben" werden beworben und das Bild eines Arbeiters mit Helm gezeigt, der am Telefon spricht, hinter ihm eine zeitgemäß moderne Büroanlage.

1983 ist ein Jahr, in dem sich Veränderungen im SPÖ-Diskurs abzeichnen. Hauptthema ist die Arbeitslosigkeit, und der Diskurs weniger optimistisch als zuvor. „Sicherung der Arbeitsplätze“, „Vermeidung von Arbeitslosigkeit“ und die Arbeitslosenzahlen – unter zehn Prozent, über 34 Millionen in den Industrieländern – sind unter den häufigsten Arbeits-bezogenen Wortgruppen. Man will die „Massenarbeitslosigkeit verhindern“. In manchen Aspekten ist dieser Diskurs expressiv, in vielen anderen nimmt er technokratische Züge an. „Die hohen Arbeitslosenraten sind mitschuldig [...]“, „im Jahresdurchschnitt 2,1 Prozent Arbeitslose [...]“, „[...] die Arbeitslosigkeit zurückgedrängt“. Arbeitslosigkeit sei nicht nur ein Problem für die Betroffenen, sondern ist „das teuerste, das es für einen Staat geben kann“. „Die durch Arbeitslosigkeit verursachten höheren Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung“ sind ein Thema. Die SPÖ steht firm zu ihrer Sichtweise einer aktiven Arbeitsmarktpolitik. Der „Einsatz Öffentlicher Mittel zur Sicherung der Arbeitsplätze“ würde zwar „als Schuldenpolitik diffamiert“. Jedoch sei die „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik und durch den Einsatz Öffentlicher Mittel nicht nur gesellschaftlich gerechtfertigt, sondern auch billiger ist als die Duldung von Massenarbeitslosigkeit.“ So möchte man „den Menschen den Arbeitsplatz zu erhalten, Stabilität und Kaufkraft sichern“ und „den arbeitenden Menschen das, was diese in der Zeit der Prosperität errungen haben“ erhalten.

Der Diskurs der SPÖ-Programme nimmt während der 1960er und 1970er Jahre, ganz allgemein gesprochen, an rhetorischer Expressivität ab. In den frühen 1980er Jahren tritt teilweise geradezu technokratische Rhetorik auf. Der Begriff des „Arbeitsmarkts“ beginnt, sich durchzusetzen. Eine weitere spannende Definition kommt vergleichsweise nebenbei vor: „Die sozialistische Bewegung war an ihrem Beginn eine Bewegung der Arbeiter. Sie ist heute eine Vertreterin des ganzen Volkes geworden, aber sie nimmt sich immer noch in besonderem Maße der Interessen der Unselbständigen an.“

Was einzeln genannte Berufsgruppen betrifft, so treten zu dieser Zeit die „Nachtschicht-Schwerarbeiter“ hervor, für welche es „nun nicht nur besondere Arbeitserleichterungen, sondern auch ein besonderes Ruhegeld“ gibt. Gesundheit am Arbeitsplatz, der Ausbau „der Arbeits- und Sozialmedizin sowie [des] Betriebsärztesystem[s]“ werden zum Thema, welches bis in die Gegenwart schrittweise immer mehr Raum gewinnt. Selbiges gilt für das Thema des Umweltschutzes, das sich

vielfach mit dem Topos der Arbeit kreuzt. Erstmals äußert sich die SPÖ hier auch klar zum Thema migrantischer Arbeit: „Wir werden nicht zulassen, daß eine neue Welle der Ausländerfeindlichkeit Gastarbeiter zu Menschen einer minderwertigen Klasse macht. [...] Arbeitskräfte haben wir gerufen, Menschen sind gekommen.“

Nicht zuletzt wächst (spätestens) ab dieser Periode der Diskurs über Berufsschulen und über Lehrlinge – d.h. über ArbeiterInnen aus einer Perspektive der Bildung und Qualifikation. Dieser Diskurs steht üblicherweise am Ende des Abschnittes „Bildung“, d.h. hinter Schulen und Universitäten, und hat zwei Seiten. Einerseits möchte man „durch den forcierten Ausbau des berufsbildenden Schulwesens [...] dafür sorgen, daß auch in Zukunft eine breite Schicht fachlich hochqualifizierter Arbeitskräfte unsere Wirtschaft gestaltet“, setzt also Lehrlinge mit gesuchten Fachkräften gleich. Andererseits möchte man durch dieselbe Investition ins Berufsschulwesen „einen wesentlichen Beitrag zur Vermeidung der Jugendarbeitslosigkeit“ leisten – und weist dadurch darauf hin, dass Lehrlinge jene sind, die sich an der Kante zur letzteren befinden. Klar ist, dass eine massive Bildungsexpansion stattfindet. Dementsprechend erhalten SchülerInnen und Studierende auch (seit den 1960er Jahren) steigende Aufmerksamkeit: „Durch den gezielten Ausbau des Angebots an berufsbildenden höheren Schulen und Oberstufenrealgymnasien soll einer größeren Zahl von Hauptschülern ermöglicht werden, nach dem 14. Lebensjahr in eine höhere Schule überzutreten und die Matura zu erreichen.“

1986 und auch in den Folgejahren dominiert ein Diskurs über „Erneuerung“ und „Modernisierung“ die SPÖ-Wahlprogramme. „Es gilt, in Form einer nationalen Kraftanstrengung einen neuen Modernisierungsschub zu tätigen. Hierbei müssen alle Kräfte unseres Landes gesammelt, alle Talente unseres Landes gefördert [...] werden. Diese Erneuerung, diese Modernisierung muß, ausgehend von der Wirtschaft, alle Bereiche unseres Lebens erfassen. Dazu brauchen wir auch die Mitarbeit der BÄ¼rger unseres Landes. Dazu brauchen wir ihren Optimismus, ihren Fleiß und ihre Energie. Denn nur eine Politik, die den Menschen zum Mittelpunkt des politischen Handelns macht, garantiert allen StaatsbÄ¼rgern, daß sie in den UmwÄ¼lzungen der kommenden Jahre und Jahrzehnte nicht zu hilflosen Objekten der Entwicklung, sondern zu ihren Gestaltern werden.“ Natürlich wird man „auch weiterhin sicherstellen, daß sich die Ä¼lteren Menschen auf ihre wohlverdienenen Pensionen, daß sich die Jugend auch kÄ¼nftig auf einen uneingeschrÄ¼nkten Zugang zum Ausbildungssystem und auf den gesicherten Einstieg in das Berufsleben und daß sich in Not geratene Mitmenschen auf eine prompte und unbÄ¼rokratische Hilfeleistung verlassen können.“ Jedoch wird man „die Kontrollen zur Verhinderung von MißbrÄ¼uchen des Sozialsystems verstärken - die Hilfe an jene, die sie wirklich benötigen, kann um so wirksamer und besser sein, je besser garantiert wird, daß Leistungen an jene verhindert werden, die sie in ungerechtfertigtem AusmaÙ in Anspruch nehmen.“ Hier zeigt sich bei der SPÖ (erstmals) ein Diskurs über „Sozialbetrug“. „Unmittelbares Ziel“ bleibt ein möglichst hohes Beschäftigungsniveau“, „neue, zukunftsorientierte Arbeitsplätze“ sollen „in international konkurrenzfähigen und damit ertragreichen Betrieben mit technisch hochstehenden Produkten [ge]schaffen“ werden.

Während der frühen 1990er Jahre steht Europa und der EU-Beitritt im Mittelpunkt. Man wirbt für Beschäftigungspolitik und Soziales in Europa. Auch Ökologie gewinnt an Bedeutung, man möchte „durch Reduzierung der gesundheitsschÄ¼dlichen Einflüsse am Arbeitsplatz und durch Herstellung humaner Arbeitsbedingungen Umweltschutz und Arbeitnehmerschutz [...] verbinden“. Im Bereich der Arbeit gibt es überall Veränderung und Neues zu verzeichnen: „Die Arbeitsgesellschaft von morgen wird geprägt sein von hohen Anforderungen in der Produktion und einem immer bedeutender werdenden Dienstleistungssektor. Die Arbeit selbst wird sich in ihrem Inhalt, ihrer Form und ihrer Qualität verändern.“ „Neue, zukunftsichere Arbeitsplätze“ werden „insbesondere im Dienstleistungsbereich - und hier wiederum im Sozial- und Gesundheitssektor - zu schaffen sein“.

„Den heutigen Problemen auf dem Arbeitsmarkt muß dadurch begegnet werden, daß die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik weiterhin am Ziel der Vollbeschäftigung orientiert bleibt und das in Österreich an sich hohe Ausbildungsniveau der Beschäftigten weiter verbessert und an die Anforderungen der neuen Technologien und der Internationalisierung angepaßt wird.“ Neben Einkommen, Flexibilität und Selbstbestimmung soll auch die „Sinnhaftigkeit“ neuen Formen der Arbeit höher sein (als jene der alten?). „Die gewerkschaftliche Forderung nach Einführung eines Mindestlohns von 10.000 Schilling brutto im Monat“ wird unterstützt und die Arbeitszeit soll „in Richtung einer 35-Stundenwoche weiter verkürz[t] werden.“

Das AMS wird als Dienstleistungsbetrieb bezeichnet und die Notwendigkeit einer Pensionsreform zeichnet sich ab. Diese soll „sozial verträglich“ sein: „Für alle, die heute schon in Pension sind, wird eine künftige Reform keine Änderung bringen. [...] Jüngere Berufstätige haben Jahrzehnte Zeit, um ihre Altersplanung auf ein geändertes System auszurichten.“ Der Begriff der „Chancengleichheit“ wird, vor allem im Bildungsbereich, stark betont. Diese Topoi halten sich, mit Variationen, während der 1990er Jahre. 1994 z.B. treten ähnliche Inhalte mit etwas offensiverer Rhetorik auf: „konsequente Politik für die arbeitenden Menschen Österreichs bleibt der Mittelpunkt sozialdemokratischer Politik“, es ist bei allen Chancen, welche die „Neue Arbeitswelt“ bietet „aber darauf zu achten, daß nicht die Rechte der arbeitenden Menschen durchlöchert werden. Diese Rechte wollen wir Sozialdemokraten vielmehr in wichtigen Bereichen ausbauen.“ „Die weitere Demokratisierung der Arbeitswelt - insbesondere in internationalen Unternehmen – bleibt [das] Ziel“ der SPÖ, welche nun aber auch „alles daransetzen“ möchte, „um die illegale Beschäftigung in unserem Lande unmöglich zu machen“.

1999 klingt dies wieder etwas anders, nämlich sehr viel technokratischer. Nun möchte man die „Chancen der Menschen am Arbeitsmarkt [...] verbessern“. „Unser Ziel ist es, daß 20% der Arbeitslosen in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik Aufnahme finden.“ Die „Arbeitslosigkeit der über 50-Jährigen“ möchte man „z.B. durch den jüngst beschlossenen „Pakt für ältere Arbeitnehmer“ [...] senken“. Atypische Beschäftigungsverhältnisse und das Problem der „Scheinselbstständigkeit“ werden angesprochen; „das erfolgreiche und europaweit vorbildliche Modell der Arbeitsstiftung“ wird beworben.

2002 lautet das Credo: „faire Chancen für alle“. Man will die „aktive Arbeitsmarktpolitik ausbauen und modernisieren“, beklagt die „Rekordarbeitslosigkeit“ unter „Schwarz-Blau“, möchte „dafür sorgen, dass die ÖsterreicherInnen wieder Arbeit und dadurch Geld in der Tasche haben“. Eine „eine aktive Wirtschaftspolitik“ soll es „den arbeitenden Menschen und den Unternehmen ermöglich[en], auch in schwierigen Zeiten ihre Leistung zu entfalten“. Die SPÖ möchte in diesem Jahr „das Prinzip der Sozialstaatlichkeit in der Verfassung verankern“. Dies wird nicht näher erläutert, steht jedoch vermutlich im Zeitkontext der Privatisierungen und sozialstaatlichen Einschnitte durch die ÖVP-FPÖ Regierung stehen.

2006 hat wieder „jeder Mensch [...] ein Recht auf einen Arbeitsplatz“. „Sozialdemokratische Beschäftigungspolitik zielt heute vor allem auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, beschränkt sich aber nicht darauf.“ Man möchte „die aktive Arbeitsmarktpolitik so modernisieren, dass die erlangten Qualifikationen beste Erfolgchancen am Arbeitsmarkt schaffen.“ Für eine „faire Verteilung von Chancen am Arbeitsmarkt“ möchte man „die berufliche Aus- und Weiterbildung auf den Arbeitsmarkt von morgen ausrichten“ und „durch zeitgerechte Berufs- und Bildungswegorientierung dazu bei[tragen], dass Jugendliche, besonders auch Mädchen, nicht in niedrig qualifizierten und schlecht bezahlten Jobs landen.“ Man könnte fragen: ja, aber was ist denn mit jenen (BürgerInnen und WählerInnen), die sich eben in solchen Jobs befinden?

Ab 2008 ändert sich sowohl das Volumen als auch die Qualität des SPÖ-Diskurses zum Thema Arbeit jedoch nochmals beträchtlich. Dazu muss gesagt werden, dass die Programme in jenem Zeitraum teils um ein Vielfaches länger werden als zuvor (40 Seiten in den Jahren 2008 & 2013 und über 200 in 2017 gegenüber durchschnittlich 15-20 während früherer Perioden). Dadurch besteht natürlich mehr Platz, um mehr zu *jedem* Thema zu sagen. Man muss „von guter Arbeit gut leben können“, lautet 2008 eine Titelzeile. Die Qualität der Arbeit steht zunehmend im Zentrum der Aufmerksamkeit: „die Qualität gesunder Arbeitsplätze, die Höhe der Einkommen, die soziale Absicherung der Beschäftigung“ sind von gleich großer Bedeutung. Man stellt fest, dass „mangelnde Arbeitsplatzsicherheit, viele prekäre Arbeitsverhältnisse und erhöhte Anforderungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne Gegenleistung [...] den Druck auf den einzelnen Menschen [verstärken]. Wer seine Arbeitskraft einsetzt, muss auch dafür entsprechend entlohnt werden.“ Arbeit darf außerdem „nicht krank machen, sondern soll sinnstiftend sein und möglichst Freude bringen.“

Zum Thema „faire und sichere Pensionen“ schreibt man, dass „entgegen aller Propaganda [...] unser Pensionssystem langfristig gesichert“ sei. „Österreich kann es sich leisten, dass die ältere Generation nach harter Arbeit und großer Leistung die Zeit der Pension in Würde und gesichert verbringen kann.“ Man hält am Prinzip fest, dass „Männer nach 45 und Frauen nach 40 Jahren Arbeit im Alter von 60 bzw. 55 Jahren (Altersgrenze gilt bis zur Anpassung des Pensionsantrittsalters der Frauen an das der Männer) ohne Abschläge in Pension gehen können“ und man möchte „ein einheitliches Pensionssystem umsetzen nach der Regel: Gleiche Leistung für gleiche Beiträge“. Als „Herzstück sozialdemokratischer Bildungspolitik“ wird die Berufsmatura bezeichnet. „Bereits ab dem Schuljahr 2008/09 können Lehrlinge parallel zur Lehre kostenfrei die Studienberechtigung erwerben. Damit werten wir die Lehre auf. Denn die Lehrlinge haben als Facharbeitskräfte einen zentralen Anteil an der Sicherung des Wohlstands unseres Landes. Deswegen ist uns die Optimierung ihrer Lebenschancen ein besonderes Anliegen.“

2013 vertieft sich nochmals der Diskurs über „soziale Investitionen“: man möchte eine „Wirtschaftspolitik, die auf Investitionen in Innovation sowie Aus- und Weiterbildung der Menschen setzt“, einen „hochwertigen Wirtschaftsstandort mit optimal ausgebildeten ArbeitnehmerInnen“. Man sieht „Wissen als Investition“, denn „die Arbeitswelt ist in dramatischen Umbrüchen begriffen“ und das „vorrangige Ziel ist es, jede Einzelne, jeden Einzelnen bestmöglich dabei zu unterstützen, sich in dieser neuen Arbeitswelt zu behaupten, sich in jeder Lebensphase weiterzubilden und neue Qualifikationen zu erwerben. Im Sinne der Chancengerechtigkeit soll für alle ArbeitnehmerInnen ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung ausgebaut werden“. Es braucht zukunftsorientierte Qualifizierungsprogramme, z.B. in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Soziales oder in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik.“ Anknüpfend an die 2008 geschaffene Ausbildungsgarantie für Jugendliche möchte man nun „Österreichweite, branchenbezogene Lehrlingsfonds schaffen“, in welche alle Betriebe einer Branche einzahlen und von denen es „Geld-Rückflüsse es an jene [gibt], die Lehrlinge ausbilden und deren Lehrlinge gute Leistungen zeigen“. Man möchte in einem „entschlossenen Kampf“ gegen Lohn- und Sozialdumping und für „mehr Fairness in der Arbeitswelt“ vorgehen, denn „zu geringe Einkommen und immer mehr Arbeit – für viele ArbeitnehmerInnen ist das eine traurige Realität.“ Daher fordert man „Arbeit und gerechte Löhne für alle“ und unterstützt eine Forderungen der Gewerkschaften nach einem Mindestlohn von € 1500 brutto. „Die Balance zwischen Arbeit und Freizeit“ muss verbessert und die „Steuern auf Arbeitseinkommen durch [eine] Millionärssteuer“ gesenkt werden.

Das SPÖ-Programm des Jahres 2017 ist sowohl sehr lang als auch expressiver und graphisch kommunikativer gestaltet als viele zuvor. Es sei ein „Programm für Wohlstand, Sicherheit und gute Laune“ heißt es auf Seite 2. Frontal ist ein sichtlich bestgelaunter, lachender Arbeiter mit Helm

abgebildet. Dort steht auch: „Damit Sie bekommen, was Ihnen zusteht. Mehr Netto v. Brutto. Gleiche Chancen. Sichere Pensionen.“ Eine Seite weiter wiederum ist ein großes Gehirn abgebildet, es steht in riesigen Lettern: „Unser Kapital sitzt zwischen den Ohren“.

Besonders interessant ist, dass dieses Programm das Thema der *Wertschätzung* explizit anspricht. „Lehre machen und gut lachen. Zeigen wir den Lehrlingen, wie sehr wir sie schätzen“, heißt so z.B. der Abschnitt zur Lehrausbildung. Weiters steht da: „Der Lehre alle Ehre. Der Lehre Wertschätzung entgegenbringen. Heute sind uns SchülerInnen mehr »wert« als Lehrlinge. Das steht im klaren Widerspruch zu allen unseren Grundsätzen bezüglich Gleichheit und muss dringend behoben werden.“ Es sei „Höchste Zeit, dem entgegenzuwirken und jene jungen Menschen, die glücklicherweise einen Lehrberuf ergreifen, ruhig einmal zu den »Liebkindern « unseres Landes zu machen. Wir werden sie dringender brauchen als je zuvor.“ Ein weiteres mal wird betont, man wolle „ein Zeichen der Fairness und des Respekts für die setzen, um die uns die ganze Welt beneidet: unsere Lehrlinge.“ Die konkreten vorgeschlagenen Maßnahmen sind ähnlich wie zuvor. Lehrlinge sollen „im Rahmen der Berufsschule“ nun auch „kostenlos den Führerschein machen können“; man möchte u.a. eine „Förderung derer, die nicht abschließen“, für alle einen „Sprachmonat“, die „Aufnahme an FHs“ und „min. 700 Euro ab zweitem Lehrjahr“.

Der arbeitsrechtliche Abschnitt des Programmes wird wiederum so eingeleitet: „Arbeit ist kein Privileg. Arbeit ist ein Recht. Also: volle Unterstützung für jene, die hackeln, jene, die hackeln wollen, jene, die es anderen ermöglichen, aber auch für jene, die nicht hackeln können.“ Das SPÖ-Programm des Jahres 2017, stolze 213 Seiten lang (und daher auch in der Lage, so viel Text und Graphiken zu mobilisieren), stellt in dieser Art der Kommunikation sowohl in seiner Zeitepoche als auch insgesamt eine Ausnahme dar. Dies wird im Rahmen der Resultatdiskussion besprochen (s. unten).

Das SPÖ-Programm des Jahres 2019 klingt, rein auf kommunikativer Ebene, wiederum ganz anders. Man möchte „ein gutes Leben für alle und ein menschliches Österreich“ sowie „Zusammenhalt, Solidarität und Gerechtigkeit wieder ins Zentrum [...] rücken“. Der Begriff „Menschlichkeit“ ist das Leitnarrativ. Zum Thema der Arbeit schreibt man, „Gesunde Arbeit darf uns nicht kaputt machen. Arbeit soll Freude machen und Sinn geben.“ Deshalb tritt man für eine Arbeitszeitverkürzung ein, für einen „Anspruch auf Nichterreichbarkeit“, einen „Anspruch auf 6. Urlaubswoche“ und „gegen den 12-Stunden-Tag“. Einiges an Aufmerksamkeit wird wiederum den Berufsschulen gewidmet, diese müssen „technisch auf de[n] neuesten Stand“ gebracht werden und sollen mit Polytechnischen Schulen in „Berufskollegs“ zusammengeführt werden, „um das Schulsystem ein Stück weiter an die derzeit ohnehin schon teilweise realen Bildungsverläufe heranzuführen“. Das Wort „Arbeit“ klingt am stärksten dort an, wo es retrospektiv, historisch verwendet wird, nämlich ist die „Geschichte Österreichs [eine] Geschichte von harter Arbeit, von Aufstieg [und] auch von sozialen Errungenschaften.“

4.2 ÖVP

Die Programme der ÖVP lassen sich, was ihren Diskurs über Erwerbsarbeit betrifft, in folgende Zeitperioden einteilen. In den Wahlprogrammen 1945 – 1966 drehen sich allgemeine Leitnarrative zuerst über die Unabhängigkeit des Staates und den Wiederaufbau; sodann um Erfolge des (materiellen) Fortschritts. Die ÖVP tritt für das Subsidiaritätsprinzip, für „Staatliche Einflussnahme nur, wo zweckmäßig“ und gegen die Verstaatlichung von Unternehmen auf. Sie äußert klare Unterstützung für die Sozialpartnerschaft und spricht sich generell für ein „Miteinander, nicht ein Gegeneinander“ aus. Bezogen auf das Thema der Arbeit setzt sich die ÖVP – wie alle anderen Parteien – für die Vollbeschäftigung ein, unterscheidet sich aber von der SPÖ in ihrer Vision der

Betriebsbeziehungen: für sie ist zentral, dass „Arbeitgeber wie Arbeitnehmer [...] in der Wirtschaft als eine unlösliche Einheit“ sind.

Es werden bereits 1945 sehr klare Diskurse angeschlagen, die sich durch sämtliche ÖVP-Programme bis 2019 ziehen. An erster Stelle steht eine „Anerkennung des Leistungsprinzips“. Allgemein wünscht man sich eine „Anerkennung des Leistungsprinzips in der Wirtschaft“: „den Tüchtigen ist freie Bahn zu gewähren“. Das realisiert sich auch in den Betriebsbeziehungen: „Ziel der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Betriebsführung und Betriebsangehörigen ist es, allen arbeitsfähigen und leistungswilligen Staatsbürgern ein Einkommen zu bieten, welches ihnen die Erhaltung ihrer Familie, die Erfüllung ihrer kulturellen Ansprüche und die Schaffung persönlichen Eigentums ermöglicht.“

Man wünscht sich einen „echte[n] Sozialstaat, in dem jedem Tüchtigen der Aufstieg zu allen Stellen möglich ist“. Das „Leistungsprinzip“ im Bezug auf den Sozialstaat sowie eine subsidiäre, minimalistische Sichtweise dessen Aufgaben werden von der ÖVP von Anfang an (jedoch in der Folge in verschiedenen Zeitperioden mit unterschiedlicher Radikalität) betont: „Aufgabe der Sozialpolitik ist es, allen Staatsbürgern menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen zu sichern. Diese Aufgabe wird die Sozialpolitik umso eher gewachsen sein, je ergiebiger die wirtschaftlichen Quellen sind, aus denen sie schöpfen kann. [...] Die Sozialpolitik kann immer nur versprechen, was die Wirtschaftspolitik erfüllen vermag. [Es ist die] Verpflichtung der Gemeinschaft, für alle zu sorgen, die infolge Alter und Krankheit oder aus anderen Gründen ihren Lebensunterhalt nicht selbst verdienen können.“

Ebenso von Anfang an verknüpft die ÖVP eine Wertschätzung von Arbeit und von Arbeitsertrag, welcher mit „Leistung“ gleichgesetzt wird, mit jener von Eigentum. So spricht man von „in redlicher Arbeit erworbene[m] Eigentum“, fordert „[...] Anerkennung des Rechtes auf den Ertrag der Arbeit und auf persönliches Eigentum [...]“ und „Schutz des wohl erworbenen Eigentums“. „Je mehr Besitzende in einem Land, desto mehr wahrhaft freie Menschen“ gäbe es dort, denn „erst persönliches Eigentum gibt dem einzelnen Sicherheit und Unabhängigkeit, erst die breite Streuung des Eigentums befreit die Gesellschaft von sozialen Spannungen und sichert so den Bestand einer echten Volksherrschaft“. Noch mehr „leitet [...] Eigentum [...] den einzelnen zu selbstständigem und vorsorglichem Handeln an. Eigentum macht frei!“

Privateigentum soll Ergebnis von Arbeit und breit gestreut sein: „Falsch an unserer Gesellschaftsordnung ist nicht, daß ein Teil des Volkes Eigentum hat, sondern daß der andere Teil des Volkes kein Eigentum hat.“. „Persönliches Eigentum ist ein Grundrecht des Menschen“; „Unser Leitbild: ein Volk von Eigentümern“. In einer prägnanten Formulierung wird 1949 die „Abschaffung des Proletariats – [einer] Menschengruppe die nichts anderes als ihre Arbeitskraft [hat]“ durch Aufbau von Privateigentum als „wesentlicher Programmpunkt“ bezeichnet. 1959 dieselbe Aussage in anderen Worten: „Wir betrachten die große Zahl der Arbeiter und Angestellten als Staatsbürger, die nicht für immer zur Eigentumslosigkeit verurteilt bleiben dürfen. Für sie bedeutet der Erwerb von persönlichem Eigentum den entscheidenden Schritt zur sozialen Gleichberechtigung. Wir wollen deshalb vor allem den Arbeitern und Angestellten die Möglichkeit geben, Eigentum zu erwerben. 1956 wird dieser Eigentumserwerb auf langlebige Konsumgüter bezogen: „Die Eigentumsbildung des kleinen Mannes fand sinnfälligen Ausdruck durch den starken Aufschwung der Konsumgüterindustrie von der Waschmaschine über den Kühlschrank, dem Motorfahrzeug bis zur Eigentumswohnung.“ Vor allem und durchgehend aber bezieht sich breitgestreuter Eigentumserwerb auf Wohnimmobilien sowie auf Grund und Boden: „Ermöglichung des Grunderwerbes für alle arbeitenden Menschen, insbesondere für Arbeiter, Angestellte und Beamte [...]“. Primär will man „dem arbeitenden Menschen ein Obdach garantieren“; tatsächlich aber kann „nur ein eigenes Heim [...] den Menschen wahrhaft frei und glücklich machen“. Daher sollen ArbeiterInnen und Angestellte „Eigentümer ihrer Wohnungen [...] werden.“ Ebenso spricht sich die ÖVP konsequent für Beteiligungen von

MitarbeiterInnen am Betriebsgewinn aus, d.h. dafür „[die] arbeitenden Menschen teilhaben zu lassen an Produktionsmitteln ihres Wirkungskreises“ und konkreter, für „[die] freiwillige Firmenbeteiligung von Angestellten und Arbeitern“. Durch (Volks-)Aktien sollen sie auch zu „Miteigentümer[n] der großen, wertschöpfenden Produktionsanlagen unseres Landes“ werden.

Nicht zuletzt wird Arbeit durch Aussagen über die Motivation der Arbeitenden valorisiert: „[...] *hingebungsvoller Fleiß* aller schaffenden Österreicher und der in aller Welt anerkannten hohen Qualität der österreichischen Arbeit“. Was in der Nachkriegszeit ein Ruf zur „Zusammenarbeit aller *aufbauwillige[n]* Kräfte“ ist, wird später zu einer Hervorhebung der „Tüchtigen“, „Tatkräftigen“ und „Aktiven“ werden (s. unten).

In sämtlichen ÖVP-Programmen (1945-2019) werden die Bauern als besonders wertgeschätzte, arbeitende Gruppe hervorgehoben: „Damit der Bauer Garant unserer Ernährung bleibt“ muss er einen „gerechten Lohn“ bzw. ein „leistungsgerechtes Einkommen“ erhalten. Zur rhetorischen Frage steht, ob sich „die Arbeit der Bauern wieder lohnt, oder ob der Bauer weiterhin für ein Butterbrot arbeiten muß“. Die „Erhaltung und Stärkung eines leistungsfähigen und freien Bauerntums“ ist jederzeit ein zentrales Ziel der ÖVP. Weitere Grundtopoi der ÖVP, die sich in allen Programmen mit dem Thema der Arbeit überschneiden inkludieren die Familie; steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit (dies wird zu den meisten Zeitpunkten von den meisten Parteien angesprochen).

Ab 1966/1970 kommt eine Reihe neuer Themen zur Sprache. Vor allem wird ein Diskurs über Modernisierung dominant, welcher Qualifikation, Bildung und Innovation hervorhebt. So wird bereits im ersten Jahr über die „Realisierung der modernen Bildungsgesellschaft“ visioniert und das „jedem jungen Österreicher zustehende Recht auf Bildung - im Ausmaß seiner Begabung und seines Leistungswillens“ proklamiert. „Bildung“ wird als die „Grundlage der freien Gesellschaft“ betrachtet. „Ziel ist eine breite Berufsbildung, welche die notwendige berufliche Mobilität ermöglicht und die Heranbildung von Führungskräften, die den Anforderungen der Gegenwart gerecht werden“, denn die „stürmische Entwicklung von Wissenschaft, Technik und Wirtschaft und der internationale Konkurrenzkampf werden [...] die Arbeitssituation in unserem Land beeinflussen.“ Ab hier wird auch, nach und nach, der Rolle der Frau im Erwerbsleben mehr Aufmerksamkeit zuteil. Die ÖVP wechselt hier von einem vornehmlichen Diskurs über Teilzeitbeschäftigung von Frauen zu einem über Gleichstellung der Frau im Erwerbsleben (ein solcher wird schließlich von allen analysierten Parteien getragen.)

Das Thema der Gesundheit in der Erwerbsarbeit beginnt eine Rolle zu spielen; ebenso beginnt migrantische Arbeit, anfangs noch unter dem Stichwort „Gastarbeiter“, zum Thema zu werden. Dies bleibt jedoch in den Wahlprogrammen der ÖVP bis zur jüngeren Vergangenheit (2017/2019) Nebenthema. Die ÖVP bejaht die 1966 erfolgte Gründung einer „modernen Arbeitsmarktförderung“ im Sinne einer „Integrierung des Arbeitnehmers in eine freie, verantwortungsbewußte und eigentumsbejahende Wirtschaftsförderung“. Stellenweise werden die „Verstärkung der Arbeitsmarktförderungsmaßnahmen zur Mobilisierung der inländischen Arbeitskraftreserven und Verabschiedung eines Gastarbeitergesetzes“ direkt miteinander in Zusammenhang gesetzt.

Sehr langsam beginnt zu dieser Zeit ein Diskurs über ArbeiterInnen aus Bildungs- und Qualifizierungsperspektive: nämlich über Berufsschulen und FacharbeiterInnen im Sinne von Fachkräften, die auch durch Bildung weiter aufsteigen können. So wird z.B. 1971 die „besondere Förderung des berufsbildenden Schulwesens durch Fortführung des ÖVP-Sonderbauprogramms für das berufsbildende Schulwesen“ ebenso angekündigt wie „Aufstiegstudien für qualifizierte Facharbeiter und Werkmeister.“

Beginnend mit 1971, vor allem aber 1975 und 1975 stehen Weltwirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit im Vordergrund. „Auch hierzulande stehen die Zeichen auf Sturm, ist die Sicherheit gefährdet, der Wohlstand bedroht, die Zukunft ungewiß“, beginnt das ÖVP-Wahlprogramm 1975. In oppositioneller Manier hält man vor, „durch die Regierungspolitik“ der SPÖ sei „nicht einmal mehr die Vollbeschäftigung gesichert“; „das wichtigste Anliegen“, allerdings aller Parteien zu diesem Zeitpunkt, „ist die Sicherung der Arbeitsplätze“. Man möchte „Ausfallbürgschaften für Betriebe übernehmen, deren Arbeitsplätze gefährdet sind“ und die „Kurzarbeiterunterstützung - von 3 auf 6 Monate verlängern“. Hier sind bereits „Arbeitsmarktfördermittel“ ein Thema, durch welche „in bedrohten Regionen und Branchen [eine] Konzentration auf spezielle Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen“ stattfinden soll, „die den Abbau von Arbeitskräften verhindern können“.

Die ÖVP proklamiert an mehreren einzelnen Stellen ihrer Programmgeschichte ein „Recht auf Arbeit“, so z.B. 1975: „Das Recht auf Arbeit muß daher allen zustehen. Jeder Österreicher soll nicht nur einen Arbeitsplatz, sondern auch die Chance haben, Leistungen zu erbringen, die seinen persönlichen Fähigkeiten und Neigungen entsprechen.“ Dabei sind „Lehrlinge und Schüler in [der] Berufsförderung gleichzustellen; „Gleiche Aufstiegschancen im Berufsleben auch den Frauen“: „nicht das Geschlecht, sondern die Qualifikation entscheidet“ und „die Chancengleichheit muß auch für ältere Arbeitnehmer gewahrt bleiben“, „nach zehnjähriger Betriebszugehörigkeit“ soll „ein besonderer gesetzlicher Kündigungsschutz“ gelten, so sollen „auch arbeitswillige Pensionisten nicht [...] an einer weiteren beruflichen Tätigkeit gehindert werden“.

1979 möchte die ÖVP „bis zum Ende der 1980er Jahre 300.000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen“. Es bestehen Probleme: „Viele junge, gut ausgebildete Menschen finden keinen entsprechenden Arbeitsplatz“, „In vielen Gebieten Österreichs gibt es überhaupt zu wenig Dauerarbeitsplätze“, „viele Frauen finden keine qualifizierte Teilzeitbeschäftigung“, „die Berufswelt und die Anforderungen an die einzelnen ändern sich ständig und werden immer komplizierter“. Deshalb müsse man „neue Arbeitsplätze in wirtschaftlichen Problemgebieten schaffen, mit einem System von Investitionsanreizen durch leistungsfreundliche Besteuerung“. „Lohngerechtigkeit“ braucht es auch „für Frauen, gleiche Bezahlung bei gleicher Leistung“. Die ÖVP „garantier[t], daß jeder, auf Grund seiner Leistung, die er für die Gemeinschaft erbracht hat, einen finanziell gesicherten Lebensabend hat.“

Ab 1983 wird der Diskurs mehr offensiv wirtschaftsliberal; vor allem, was öffentliche Verschuldung betrifft. „Die Kreisky-Formel: Lieber Schulden als Arbeitslose, hat ausgedient. Wir haben jetzt beides.“ Mit der Oppositionsposition kommt eine offensive Rhetorik: „obwohl [die] Regierung immer wieder mit großem Propagandaaufwand "Beschäftigungsprogramme vorgestellt hat“, gäbe es in Grenzgebiete[n und in] wirtschaftlich schwache[n] Gebiete[n] bloß mehr Pendler und mehr Arbeitssuchende“. Die „Verstaatlichte[n] haben 8 Mrd. Schilling aus Steuergeld bekommen - und verloren“. Gelegenheiten, die Erfahrung ländlicher Regionen anzusprechen, werden genutzt: man müsse „Betriebe und Verdienstmöglichkeiten in Pendlergebieten aufbauen. Weil [wir] die Arbeit zu den Menschen bringen müssen und nicht die Menschen zur Arbeit.“

1986 ist es „Höchste Zeit für mehr Freiheit“ und für einen „neuen Patriotismus“. Eben dadurch soll die „Vollbeschäftigung zurückerober[t]“ werden. „Nur eine gesunde Privatwirtschaft mit guter Auftragslage kann mehr Arbeit, insbesondere für die Jugend, schaffen.“ Man müsse „unsere gesamte Wirtschaftsstruktur tiefreichend modernisieren“ und im Zuge dessen „die Privatisierung verstaatlichter und staatlich kontrollierter Betriebe durchföhren“. Mehrkindfamilien, ältere Menschen und Bauern hätten unter „der sozialistischen Politik“ besonders „gelitten“. Zu dieser Zeit wird auch verallgemeinertes Misstrauen in die Politik bzw. Politikverdruss und ein allgemeines Unsicherheitsgefühl erstmals zum in Wahlprogrammen erwähntem Thema.

1990 wird zum ersten mal der Slogan „Mehr Privat, weniger Staat“ genutzt. Ab 1990 werden auch EU-Beitritt und Internationalisierung zum Leitthema. Drittens bricht hier Umweltschutz als großer Topos durch, welcher auch die Arbeitswelt betrifft. In einem groß angelegten Europa-Diskurs schreibt der ÖVP-Vorsitzende: „Ich appelliere an die Angehörigen der Generation, die mitten im Berufs- und Familienleben steht, ihre Leistungskraft und ihren Ideen und Einfallsreichtum voll auszuschöpfen. Gestalten Sie mit! Denken Sie mit! Arbeiten Sie mit! Sie sind die dynamische Kraft Österreichs! [...] für die Neugestaltung unseres Landes in den 90er Jahren, um unseren Chancen und Aufgaben im neuen Europa bestmöglich zu entsprechen“.

Seit 1986/87 an der Regierung, listet die ÖVP sozio-ökonomische Erfolge auf: es habe eine „Steuerentlastung für 90 Prozent aller Steuerzahler“ gegeben, „142.000 neue Arbeitsplätze“, „27.000 neue Betriebe“, „40 Mrd. Schilling Ertrag durch Privatisierung von Staatsbetrieben“, „252 Mrd. Schilling mehr Nettoeinkommen für alle Österreicher“ und „200.000 neue Aktienbesitzer“. Am vorletzten Punkt knüpft ein Slogan an: „Mehr verdienen statt weniger arbeiten“. Mit diesem wird eine Arbeitszeitflexibilisierung beworben: „Um den Wünschen der Arbeitnehmer nach mehr Lebensqualität und Gestaltungsfreiheit gerecht zu werden, aber auch um Veränderungen in der Produktion und bei der Nachfrage nach Dienstleistungen gerecht zu werden, ist es notwendig, vielfältige und flexible Arbeitszeitmodelle anzubieten.“ Im Gegenzug ist dies einer der vereinzeltten Momente, wo die ÖVP einen Mindestlohn fordert: „Die Volkspartei unterstützt die einkommenspolitische Zielsetzung eines Mindestlohnes von ÖS.10.000. brutto im Rahmen von Kollektivvertragsvereinbarungen bei gleichzeitiger Entlastung der Wirtschaft von Lohnnebenkosten“.

Während eine Pensionserhöhung zu den verbuchten Erfolgen gehört, brauche es „Anreize im Pensionssystem, damit sich länger Arbeiten wieder lohnt, und die Ermöglichung eines gleitenden Übergangs in die Pension.“. Wie auch in den Folgejahren fordert die ÖVP „die Öffnung des Monopols der Arbeitsmarktverwaltung durch Zulassung privater Beratungs- und Vermittlungs-Unternehmen, sowie eine effizientere Organisation der öffentlichen Arbeitsvermittlung.“ In einer Verknüpfung von Umwelt-, Modernisierungs-, und Arbeitsdiskursen wird eine „ökosoziale Marktwirtschaft“ gefordert, die „qualifizierte Arbeitsplätze bietet und Marktchancen nützt, die Umwelt schätzt und allen einen sozialgerechten Anteil am Aufschwung sichert“. Die Zukunft liege vor allem in Wissenschaft und Forschung; die 1990er seien die „Dekade der Bildung und Forschung“.

Aber auch FacharbeiterInnen ist ein eigener Abschnitt gewidmet, der "Karriere durch Lehre" heißt. „Um die Facharbeiterlücke, die sich für die nächsten Jahre abzeichnet, wirksam zu bekämpfen“ müssen vor allen Dingen die Weiterqualifikationsmöglichkeiten von LehrabsolventInnen verbessert werden: „dem ausgebildeten Facharbeiter muß die Möglichkeit gegeben werden, auch nach Abschluß der Lehre [...] bis hin zur "Fachmatura" und Studienberechtigung zu gelangen“. „Die Lehre ist durch eine verbesserte Ausbildungsqualität im Betrieb und in der Berufsschule sowie durch spezifische Angebote für besonders leistungsstarke und leistungsschwache Lehrlinge attraktiver zu machen.“

Zum Migrationsthema nimmt man insofern Stellung, als dass „grundsätzlich [...] österreichische Arbeitskräfte Vorrang vor ausländischen [haben]. Bei entsprechendem Bedarf ist den ausländischen Arbeitskräften aus grenznahen Regionen der Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt zu erleichtern. Zur Bekämpfung der illegalen Ausländerbeschäftigung sind entsprechende Kontrollen notwendig.“

1994 tritt erstmals ein Diskurs über „Sozialmissbrauch“ auf: „[die] verschiedenen Formen des Mißbrauchs unseres sozialen Systems rufen berechtigte Kritik und den Unmut bei der Bevölkerung hervor.“ „Bei den Krankenständen verlangen wir eine flächendeckende Kontrolle.“ „Beim Arbeitslosengeld“ solle man „durch gezieltere, effizientere und schnellere Vermittlung

Einsparungspotentiale nützen. Die Kontrollen, unter anderem bei der Einhaltung der Zumutbarkeitsbestimmungen, sollen verstärkt werden.“ Auch beim Migrationsthema ist man nun „gegen illegale Einwanderer und Schwarzarbeiter. Ungeeignet zur Lösung der Ausländerfrage erscheint [...] eine Politik der offenen Grenzen. Dies würde die Einwanderung dem freien Spiel der Kräfte auf dem Arbeitsmarkt überlassen und sozial schwächere Inländer existentiell gefährden. [...] Obwohl in Österreich die Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, aber auch viele andere Wirtschaftssparren, wie Baugewerbe, Gastgewerbe und Tourismus, ohne ausländische Arbeitskräfte derzeit kaum noch existieren können, wird auf absehbare Zeit eine weitere Anhebung der Zahl ausländischer Arbeitskräfte nur in geringem Ausmaß notwendig sein.“

Abgesehen davon werden die Stichworte „Qualifikation, Innovation, Qualitätssteigerung und Flexibilisierung“ weiterhin groß geschrieben, denn „gut ausgebildete und motivierte Arbeitnehmer sind die Stütze der österreichischen Wirtschaft.“

1995 und 1999 verschärft sich der wirtschaftsliberale Diskurs. Man soll die „Wirtschaft durch Deregulierung befähigen Arbeit zu schaffen“. „Lust an Leistung“ lautet ein zentraler Slogan; „Leistung hat Vorrang vor Umverteilung“. Eine Arbeitszeitflexibilisierung, „moderne Arbeitsmethoden“ im öffentlichen Bereich und private Pensionsvorsorge werden beworben. Der „Strukturwandel der Arbeitswelt“ müsse „als Chance“ begriffen werden.

2002 und 2006 wird der Diskurs (aus der Regierungsposition heraus) moderater, dreht sich um eine „Umbruchphase der Arbeitswelt“, „neue Arbeitsweisen“, „neue berufliche Kompetenzen“, „mehr Flexibilität und Mobilität“ und zeigt vor, dass es Österreich gut gehe, man die niedrigste Arbeitslosenquote der EU habe. Man möchte wieder Vollbeschäftigung erreichen, älterer Arbeitskräfte „Erfahrung besser nutzen“, „nicht Arbeitslosigkeit oder frühzeitige Pensionierung, sondern Adaptierung des Arbeitsumfeldes an die Bedürfnisse älterer Menschen“ sei ein Lösungsweg. Frauenbeschäftigung durch mehr Qualifikationen und bessere Chancen wird groß geschrieben. Die „ÖVP garantiert, dass jeder Jugendliche eine Lehrstelle oder einen Lehrgangplatz bekommt.“ Die duale Berufsausbildung soll aber auch modernisiert werden; „begabte Lehrlinge“ gefördert durch Auslandsaufenthalte und „Vorbereitungskurse auf Meisterprüfung, Befähigungsprüfung und Unternehmerprüfung [...] zum Zweck des späteren Selbstständigwerdens“.

2008 nennt sich die ÖVP die „Partei der Öko-sozialen Marktwirtschaft“, visioniert ein „Land der GründerInnen und Gründer“. „Arbeit, Chancen und Wohlstand für alle!“ „Leistung muss sich lohnen“, dazu müsse man „entlasten“: „Eine Lohnsteuerreform muss [...] kommen. Deshalb ist unser Schwerpunkt der Steuerreform 2010 eine Entlastung des Mittelstandes, also aller Menschen, die Steuern zahlen.“ Erneut gibt es eine „Offensive für Fachkräfte“ und für „Forscher/innen“.

An zentraler Stelle kommen die folgenden Formeln vor: „Arbeit muss sich auch lohnen! Und wer arbeitet, darf nicht von Armut bedroht sein. Deshalb haben wir dafür gesorgt, dass es de facto einen Mindestlohn von 1.000 Euro gibt. Deshalb werden wir weiter für jeden Arbeitsplatz und eine faire Entlohnung kämpfen.“ Gleichzeitig ist die ÖVP „Garant dafür, dass die Erbschafts- und Schenkungssteuer nicht wieder eingeführt wird. Eigentum braucht Wertschätzung!“ Das wird rhetorisch auch auf kleine und mittlere Vermögen bezogen, da „das Eigenheim und die Sparbücher [...] auch in Zukunft vom Staat nicht noch einmal besteuert werden [sollen].“ Bei alledem, „Arbeitslose sind Arbeit Suchende. Insbesondere die Langzeitarbeitslosigkeit werden wir mit einem attraktiven Kombilohnmodell bekämpfen, das Arbeit fördert [...]“.

Ab 2013 tritt ein nochmals massiv verstärkter „Leistungsdiskurs“ auf, der explizit auf das Thema „Arbeit“ bezogen wird und die Motivation der Arbeitenden mit moralisierenden Adjektiven und Beifügungen beschreibt, so z.B.: „Arbeit: Aufstieg durch Tatkraft und Fleiß“, „für die arbeitenden

Menschen in Beruf, Familie und Ehrenamt, die Österreich mit ihrer Tatkraft voranbringen“, „jeder, der etwas schaffen will“. Man identifiziert „die Menschen, die hier leben und arbeiten“ und stellt fest: „Arbeit ist der beste Schutz vor Armut.“ „Respekt braucht es nicht nur vor den Menschen, sondern auch vor dem Eigentum, das sich die Menschen in harter Arbeit geschaffen haben.“ Ein führender Politiker wird mit dem Satz zitiert: „Ob im Marathon oder im Leben: Leistung zählt.“

Diese Tendenz besteht in den Programmen der „Neuen ÖVP“ 2017 und 2019 und verschmilzt mit einem restriktiven Migrationskurs, der nunmehr zum zentralen Leitnarrativ wird, zu einem ausgeprägten wohlfahrtschauvinistischen Diskurs: Leistung und Herkunft sind Kriterien des Zugangs zum Sozialsystem des Wohlfahrtsstaates. „Unternehmerisches Handeln und aktive Arbeitnehmerinnen sowie Arbeitnehmer sind und bleiben die treibenden Kräfte in unserem wirtschaftlichen System, die uns alle nach vorne bringen.“ „Es gibt einen falschen Leistungsanreiz in unserem Land“, denn „es ist ungerecht, wenn jene, die weniger oder keine Leistung erbringen, am Ende des Tages fast das Gleiche herausbekommen wie Menschen, die 40 Stunden pro Woche hart arbeiten.“ Daher lautet „unser Anspruch an eine neue Gerechtigkeit: Leistung muss sich lohnen.“ Noch vielmehr: „Gerechtigkeit ist das Ergebnis von Arbeit.“

Dabei tritt – ähnlich wie im Diskurs der FPÖ – ein Phänomen auf, das sich als „verkehrte Wertschätzung“ oder als „Aufwertung durch Abwertung“ bezeichnen ließe: die „harte Arbeit“ der Erwerbstätigen wird am Rande von Aussagen über „Leistungsfeindlichkeit“ und „Arbeitsverweigerung“ (sic!) genannt und erfährt Wertschätzung vor allem durch die ihr gegenüber gestellte Abwertung jener anderen Elemente; durch die wertende Abgrenzung von diesen. Dies könnte man als einen *chauvinistischen* Diskurs über Arbeit bezeichnen. Es nimmt hier jedoch auch die Sichtbarkeit eines rhetorisch sehr kohärenten und signalstarken Diskurses über Arbeit zu, welcher definitiv auf die Erwerbsarbeit von ArbeiterInnen hin-signalisiert – und diese in eine Koalition setzt mit anderen ArbeitnehmerInnen und UnternehmerInnen: mit allen, die sich selbst gerne als (wirtschaftlich) *produktiv* verstehen.

Dieser „Produktivismus“ zeigt sich im zentralen Begriff der „Leistung“, aber auch in Phrasen wie „Durch Arbeit etwas aufbauen“ oder „Harte Arbeit zahlt sich aus“. Ein „Vermögensaufbau aus Arbeitsleistung“ wird angestrebt; aber auch der „Beitrag zur Gesellschaft muss geschätzt werden“. „Anständige Arbeit“ wird hervorgehoben, die Jungen sollen in der Lage sein, „einen anständigen Arbeitsplatz“ zu finden. „Familie“, „Betrieb“ und „ArbeitnehmerInnen“ werden in einem Atemzug genannt und werden zwar in ein hierarchisches Verhältnis, aber insofern auf eine Ebene gesetzt, als dass sie Partner einer politischen Koalition sind, in der jede/r produktiv, fleißig, tüchtig leistet.

4.3 FPÖ

Die Wahlprogramme der FPÖ lassen sich, allgemein wie in Hinsicht auf ihren Diskurs über Arbeit, in vier Perioden teilen: die Nachkriegszeit, in welcher der „Verband der Unabhängigen“ (VdU) in die FPÖ überging; sodann nach einem langsamen Übergang eine wirtschafts- und teilweise auch gesellschafts-liberale Periode gefolgt von der populistischen aber nach wie vor eher wirtschaftsliberalen „Heimat“-Rhetorik Jörg Haiders sowie schließlich, das Auftreten als „Soziale Heimatpartei“ (u.a.) unter Heinz-Christian Strache.

In der Nachkriegszeit stellt sich VdU bzw. FPÖ der Idee eines „Klassenkampfes“ entgegen und betont die „soziale Volksgemeinschaft“, in der alle Gruppen aufeinander angewiesen sind. Man benennt dies als „gesellschaftliche[n] Organismus“. Die Sprache ist also von einer „organischen“ Einheit von Kapital und Arbeit im Rahmen der Nation. Entsprechend möchte man „das Denken und Handeln in Klassen und Gruppeninteressen [...] bekämpfen“. Gewerkschaften und Betriebsräte werden bejaht,

aber „müssen von Parteipolitik unabhängig sein“. Für Arbeiter und Angestellte wird der „gerechte Leistungslohn und die echte Betriebsgemeinschaft“ gefordert.

Die namensgebende Freiheit ist für die FPÖ ein „Grundwert“ und wird nach Zeitperioden wechselnd im Sinne der im 19. Jahrhundert erkämpften zivilen Freiheiten oder im Sinne eines Wirtschaftsliberalismus interpretiert. Was die FPÖ in ihrem Wirtschaftsprogramm (auch von der ÖVP) unterscheidet ist ein zentraler Fokus auf KleinunternehmerInnen und kleine Selbstständige, der selbst neben dem allgemeinen österreichischen Lob für „KMU“s, welches auch durch ÖVP und SPÖ gestreut wird, sichtbar hervortritt. Die FPÖ gibt sich in der Nachkriegszeit (wie auch in den 2010er Jahren) als „sozial“, grenzt sich jedoch gegenüber Sozialismus und (gleichgesetztem) Kommunismus hart ab: es habe „noch nie eine gnadenlosere Ausbeutung von Werktätigen gegeben hat als heute in den Ländern, die vom Marxismus regiert werden“ (1959). Die FPÖ spricht wiederholt in ihrer Programmgeschichte ArbeitnehmerInnen und auch ArbeiterInnen direkt an.

Ab den 1960er Jahren transformiert sich FPÖ-Rhetorik und Programm in eine liberale Richtung. Das Stichwort der „offenen Gesellschaft“ betitelt ein Parteiprogramm. Man fordert mehr direkte Demokratie, Personenrechte, Bildungspolitik und natürlich das Leistungsprinzip: „Leistung setzt Können voraus. Können setzt moderne Ausbildung und den Mut zu Veränderungen voraus. Der Staat muss seinen Teil dazu beitragen: wo starre Paragraphen und bürokratische Barrieren diese Entwicklung behindern, müssen sie fallen! Der andere Teil liegt bei den Menschen selbst. Sie müssen davon überzeugt werden, daß nur ihre berufliche Beweglichkeit ihnen neue Chancen bringt, ohne die alten zu gefährden.“

Bürokratiekritik wird zu einem zentralen Topos. Auch die moralisch wertenden Aussagen über die Motivation der Arbeitenden, Leistenden etc., die in der Analyse der ÖVP-Programme ersichtlich wurden, treten hier – sogar noch stärker – auf. Großgeschrieben wird „eigene Leistung statt staatlicher Obsorge“, „persönliche Tüchtigkeit und eigene Leistung“. Vertreten möchte man „alle Österreicher, die auf eigene Leistung mehr vertrauen als auf staatliche Organe“. Ähnlich wie die ÖVP fordert man eine „Förderung der Eigentumbildung bei allen Staatsbürgern – nicht steuerliche Bestrafung desjenigen, der sich Eigentum erarbeitet hat“ und auch eine „Differenzierung des Einkommens nach persönlicher Leistung“

Wenn in dieser Zeitperiode die FPÖ Berufsgruppen direkt anspricht, so sind es „Selbstständige, KleinunternehmerInnen, manche Angestellte“. Im Gegensatz zu davor und danach spricht man hier nicht direkt, und wohl auch nicht indirekt, mit ArbeiterInnen. Die Signale an die Mittelschicht lesen sich zwischen den Zeilen, wenn z.B. die Vision beschrieben wird einer „Leistungsgesellschaft, die jedem Erwerbstätigen, außer dem leistungsgerechten Anteil am wachsenden Wohlstand, auch die persönliche menschliche Erfüllung durch Anerkennung, Information und Aufstiegsmöglichkeit bietet.“ Zu dieser Zeit heißt „moderne Sozialpolitik“ für die FPÖ „auch [...] bessere Chancen auf größere Teilnahme an den Möglichkeiten der Bildungsgesellschaft.“

Wirtschaftspolitisch möchte man jedoch eine „soziale Marktwirtschaft“, sieht sich sogar als „Partei der Mitte“. 1975 ist sogar „das Recht auf Arbeit und Berufsbildung bei freier Wahl des Arbeitsplatzes ist in der Verfassung zu verankern“. „Um Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen, soll“ freilich „vor allem die mittelständische Wirtschaft verstärkt gefördert werden.“ Natürlich soll „individuelle Leistung [...] Anerkennung finden, nicht gehemmt werden.“ Auch die FPÖ fordert die Gleichberechtigung von Frau und Mann im Erwerbsleben und „gleiche[n] Lohn für gleiche Leistung zu zahlen“ sowie „gleiche Berufschancen bei gleicher Ausbildung zu eröffnen“. Wie alle anderen Parteien lobt sie die Arbeit der Bauern und die Lebensleistung der Pensionisten.

Dieserlei ist der FPÖ-Diskurs bis zur Regierungsbeteiligung als Kleinkoalitionär. Danach, d.h. 1986, übernimmt Jörg Haider. Die FPÖ schlägt eine offensive, fundamentalkritische Oppositions-Rhetorik an, die an Populismus und Fremdenfeindlichkeit nicht spart. Hand in Hand mit der populistischen Kritik von Eliten kommt jedoch auch ein neuer – wenn auch sehr spärlich gestreuter – Diskurs über Arbeit. 1986 bewegt man sich in einem Graubereich zwischen der alten, liberalen, und der neuen, populistischen Rhetorik. Man ist für den „Abbau von Privilegien“ und (aber?) befindet: „Nur ein hohes Maß an Beschäftigung sichert unseren Wohlstand. Nach unserer Auffassung ist Arbeit nicht nur ein Produktionsfaktor in der Wirtschaft. Arbeiten ist mehr als bloß die bezahlte Teilnahme am Erwerbsleben. In der Freude an der eigenen Arbeit liegt einer der Schlüssel für ein zufriedenes Leben. Ein erfülltes Arbeitsleben fußt auf den freiheitlichen Grundgedanken Mitgestaltung/ Mitverantwortung/ Mitbeteiligung. Freiheitliche Arbeitnehmerpolitik basiert auf dem Grundsatz, dem einzelnen Arbeitnehmer einen Entscheidungsfreiraum zu schaffen, damit er seinen Arbeitsalltag besser gestalten kann, d.h. Mitgestalten/ Mitverantworten/ Mitbeteiligen.“.

Zeitdiagnostisch stellt man fest, „der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in Österreichs Wirtschaft wird rasch zunehmen“ und schließt daraus, „die Stellung des Lehrlings und des Facharbeiters in der Gesellschaft ist daher aufzuwerten.“ Selbst wenn SPÖ und ÖVP viel mehr Platz und inhaltliche programmatische Überlegung auf Lehrlinge und FacharbeiterInnen verwenden, scheint es, dass deren Stellung im Programm der FPÖ *vergleichsweise* zentraler ist, da viele andere Bevölkerungsgruppen – namentlich das zunehmend große und diverse Feld der *BildungsaufsteigerInnen* – hier viel weniger besprochen werden. Wer von der FPÖ jedoch Aufmerksamkeit erhält, und zwar durch ihr Sozialprogramm, sind Pensionisten ebenso wie „Hilfe für Alleinerziehende u. Behinderte“.

Während der 1990er Jahre wird die scharfe populistische Rhetorik fortgesetzt. Das klingt, um die Klassifizierung nicht ohne Beleg zu lassen, z.B. folgendermaßen: „Der Sozialismus in Österreich ist von einem Machtrausch erfaßt. Warum sollte es den Sozialisten nicht gelingen, als die führende Kraft der Einheitspartei, sich diese Demokratie nach ihren Vorstellungen herzurichten? Das Wahrheitsministerium ist bereits im Entstehen. Nur die blinde ÖVP-Führung hat davon noch nicht Kenntnis erhalten, weshalb sie nach wie vor den Wunsch hat, die Herrschaft der Sozialisten "ohne Wenn und Aber" fortsetzen zu helfen. Die Diskussion des Nebensächlichen wird zur Kernfrage der Republik erhoben, aber es gibt keine Diskussion darüber: - daß die Staatsschulden pro Kopf unter Vranitzky von 87.000 auf 170.000 Schilling gestiegen sind. – daß die ÖBB nach der Reform statt 30 Milliarden 47 Milliarden Zuschuß benötigen. - daß ein Kanzlerwort bei der DDSG zur Vernichtung von 500 Steuermillionen führt. - daß die Freunderlwirtschaft der Roten bei der AMAG zum Verlust von 6.000 Arbeitsplätzen beiträgt und 16 Milliarden Steuergeld vernichtet. – daß die Sozialkassen leer sind und der Sozialstaat auf Pump lebt. - daß bei Autobahnen WC-Anlagen um 1,4 Millionen errichtet werden, womit andere Einfamilienhäuser bauen.“, et cetera.

Arbeits-bezogene Themen erhalten dabei absolut gesprochen nicht viel Raum, die Prioritäten sind allerdings klar formuliert. Man möchte eine „Privatisierung der Arbeitsvermittlung“ und widmet erneut der Berufsbildung einiges an Aufmerksamkeit: „Maturanten soll die Ausbildung zu Handwerkern und Gewerbetreibenden erleichtert werden“, was als Forderung und relative Wertung Alleinstellungswert unter den Parteien hat. Natürlich will man umgekehrt auch die „Fachmatura für Lehrlinge, zur Erleichterung eines Maturantenstatus“, jedoch den Erhalt der „bewährte[n] Form des dualen Ausbildungssystems“, „praxisgerechtere Ausbildung“, eine „Mitversicherung der Lehrlinge bei Eltern aliquot zu Mittelschülern und Studenten“.

1994 bringt die FPÖ eine Art Rede zur Lage der Nation vor und schreibt darin: „Es ist das Österreich des Bauarbeiters, der bei jeder Witterung die Arbeit anpackt, viel Steuern für geleistete Überstunden bezahlt und als Wochenpendler getrennt von seiner Familie leben muß. Es ist das Österreich, wo

Frauen die Doppelbelastung von Beruf und Familie auf sich nehmen müssen, um sich eine Wohnung leisten zu können. Es ist das Österreich der fleißigen Gewerbetreibenden, die im Krisenfall lieber das eigene Wohnhaus verkaufen, als die Schmach eines Konkurses in Kauf nehmen zu müssen. Es ist das Österreich der tüchtigen Mitarbeiter im Tourismus, die wochenlang rund um die Uhr für zufriedene Gäste sorgen. Und es ist das Österreich des pflichtbewußten Familienerhalters, der jahrelang keinen Urlaub macht, um für seine Familie ein schmuckes Einfamilienhaus zu bauen. [...] Dem steht ein Österreich gegenüber, in dem parasitäre Elemente erfolgreich das System ausbeuten.“

1995 und 1999 finden sich große Leitnarrative zu Heimat und Freiheit, jedoch wenig zum Thema Arbeit oder auch Wirtschaft allgemein, außer einer Selbst-Verpflichtung zur „Sicherung aller erarbeiteten Pensionsansprüche“, dem wiederholten Aufruf zur „Aufwertung der Lehre“ und zur „Entlastung der erwerbstätigen Bevölkerung (Arbeitgeber und Arbeitnehmer)“. Freilich schreibt man, dass „unbegrenzte Zuwanderung [...] zu gravierenden Verzerrungen des Arbeitsmarktes [führt].“ Das Programm des Jahres 2002 der FPÖ hält sich moderater im Ton und ist detaillierter im Inhalt, hat einen Fokus auf das Thema Sicherheit und verliert rhetorisch betrachtet an Profil, während die zentralen Anliegen ähnliche bleiben wie zuvor. Im Abschnitt „Arbeit“ etwa führt man aus, dass die Freiheitlichen in der Regierung es „als ihre Hauptaufgabe verstanden [hätten], Arbeit zu schaffen und vor allem Frauen, Lehrlinge und ältere Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt zu integrieren“. Man habe den höchsten Beschäftigungsstand der Zweiten Republik erreicht, wolle Arbeitslose besser, schneller und effizienter vermitteln, etc.

Ab 2006 sendet die FPÖ zentral platzierte, wenn auch scheinbar oberflächliche, Signale an ArbeiterInnen. Die Sektion „Arbeitnehmer“ steht im Programm an erster Stelle und enthält einzelne Programmpunkte über Lehrlinge und PensionistInnen („45 Arbeitsjahre sind genug“) – sonst aber hauptsächlich protektionistisch-abgrenzende Programmpunkte über migrantische Arbeit: „Beschäftigungsbewilligungen sind für Ausländer ausschließlich befristet und nur dann zu erteilen, wenn im entsprechenden Berufszweig ein mittelfristig nicht zu behebender und akuter Arbeitskräftemangel vorherrscht“; „Gastarbeiter haben die Aufenthaltserlaubnis zu verlieren, wenn sie über längere Zeiträume oder wiederholt arbeitslos sind und daher den Sozialstaat gefährden.“ Zusätzlich gibt noch eine eigene Sektion über „Ausländer“, sowie jeweils eine ganze über „Senioren“ und „Bildung“ (in welchem Lehrlinge und Berufsschulen vorkommen).

Ab 2008 nennt sich die FPÖ „Die Soziale Heimatpartei“ und steigt bei Beibehaltung des ausländerfeindlichen Leitnarratives auch expliziter auf das Thema „Arbeit“ ein. Zu diesem Zweck nutzt sie erstens einen „Leistungsdiskurs“ und zweitens einen „wohlfahrtschauvinistischen“ Diskurs, welcher jene, die zum Sozialstaat beitragen, eben dadurch symbolisch aufwertet, dass er andere von diesem ausschließend abwertet. Österreich habe „einen reichen Schatz an tüchtigen, gut ausgebildeten und charakterstarken Menschen“ und man „freue [sich] über leistungsbereite Menschen“, liest man da. Die Pension ist freilich „der verdiente Lohn für die Lebensleistung“. „Sozialmissbrauch“ sei aber ein Problem. „Ein wichtiges Anliegen ist die wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Sie ist nicht nur ein großes persönliches Problem für den Betroffenen, sondern belastet auch unseren Staat mit bis zu 7 Milliarden Euro jährlich. Soziale Schutz- und Beschäftigungsförderungsmaßnahmen müssen ganz gezielt den wirklich Bedürftigen zugute kommen“, nämlich sollen „österreichische Staatsbürger [...] in der Heimat vor existenzbedrohenden Risiken bedingt durch Alter, Behinderung, Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit und schweren Schicksalsschlägen bestmöglich geschützt sein.“ Dagegen aber wird „eine Grundsicherung für alle in Österreich lebenden Personen, die unabhängig von der Leistungsbereitschaft des Einzelnen finanzielle Mittel zusichert, [...] von uns jedoch abgelehnt. Sie stellt eine grob ungerechte Form von Umverteilung dar und provoziert Zuwanderung von ausschließlich an unseren Sozialleistungen interessierten Personen.“

Wiederum werden Fach- und diesmal auch Hilfs-ArbeiterInnen sehr direkt angesprochen: „Österreich leidet nicht zuletzt aufgrund der bestehenden Schwächen in der dualen Ausbildung an einem Facharbeitermangel. Wie so oft wird hier zuerst der Ruf nach ausländischen Arbeitnehmern laut. Das AMS hat daher die Aufgabe, gezielte Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen voranzutreiben und auch vorausschauend zu planen. Gleichzeitig sollen auch qualifizierte Hilfsarbeiter die Chance zum Aufstieg als Facharbeiter erhalten.“ „Seit 1990 ist die Anzahl der Lehrlinge von fast 50 Prozent auf rund 40 Prozent gesunken. Als Anreiz zur Einstellung von Lehrlingen schlagen wir vor, die Kosten österreichischer Lehrlinge während der Berufsschulzeit von der öffentlichen Hand tragen zu lassen. Dies soll auch der dualen Ausbildung wieder zu einem höheren Stellenwert verhelfen.“ Natürlich hätte eine solche Maßnahme einen großen finanziellen Vorteil für Lehrbetriebe. Ähnlich bekennt sich die FPÖ „zur Ausweitung der Nichtbesteuerung von Überstunden. Der Maxime „Leistung muss sich lohnen“ folgend, sollten statt derzeit 5 Überstunden hinkünftig 10 Überstunden steuerfrei gestellt werden.“ Die Gleichsetzung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer als „Leistende“ findet ihre Krönung in Sätzen wie dem folgenden: „Grundlage freiheitlicher Budgetpolitik ist die Entlastung des Bürgers. Unsere Arbeitnehmer und Unternehmer müssen in hohem Ausmaß selbst über ihr Geld verfügen können, anstatt jeden zweiten verdienten Euro dem Staat abzuliefern.“

Man steigert sich: 2013 baut das FPÖ-Programm am Begriff der „Nächstenliebe“ auf und hält fest, eine „Politik der „Nächstenliebe“ heißt: Sozial schwache und hilfsbedürftige Österreicher unterstützen“. „Wir helfen denen, die sich selbst helfen wollen, aber nicht können. Wir haben kein Verständnis für jene, die sich helfen können, aber es nicht wollen.“ Wie es sich oben bereits andeutet, wird der (budgetär belastete) Sozialstaat zum zentralen Aushandlungsort sozialer Gerechtigkeit. Man fordert ein „leistbares Leben samt sicherer Arbeitsplätze mit Einkommen zum Auskommen.“ „Menschen arbeiten, um zu leben und leben nicht, nur um zu arbeiten. Daher muss ein Vollzeiteinkommen geeignet sein, den Lebensunterhalt zu bestreiten. SPÖ und ÖVP entwerfen die Masse der Löhne mit viel zu hohen Steuern und verteuern das Leben mit Wuchergebühren.“ Tatsächlich fordert die FPÖ hier einen „Mindestlohn von € 1.600 brutto“.

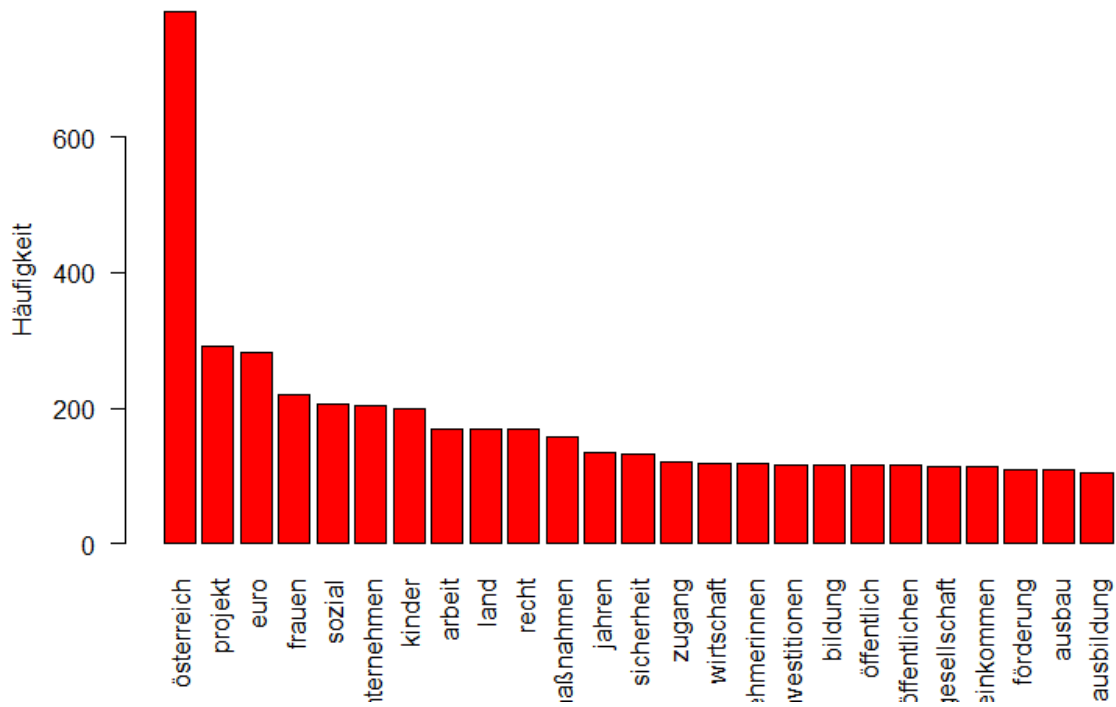
2017 sieht man titelgebend eine „Fairnesskrise“ in Österreich. Es gäbe „eine doppelte Umverteilung: einerseits von den Leistungsträgern zu einem nimmersatten Staatsapparat, andererseits von Sozialleistungen größten Ausmaßes an Menschen, die noch nie einen Cent in das Sozialsystem eingezahlt haben.“ „Unfair ist: dass junge Menschen trotz Fleiß und Einsatz keine passende Lehrstelle finden“ und, „dass Mindestpensionen nur wenig höher sind als die an Zuwanderer ausbezahlte Mindestsicherung.“ Dementsprechend möchte man „eine Mindest-Alterspension von 1.200 Euro monatlich ab 40 Versicherungsjahren bei besserer Anrechnung von Kindererziehungszeiten“ (!), eine „Harmonisierung der Pensionssysteme und Abschaffung von Luxuspensionen“, „keine Erhöhung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters und [die] Umsetzung einer gerechten Schwerarbeiterregelung“ sowie nun die „Einführung eines Mindestlohnes von 1.500 Euro brutto monatlich, ohne die Arbeitgeber mehr zu belasten“.

Das Programm 2019 der FPÖ ist moderater im Diskurs (möglicherweise besteht ein Zusammenhang mit dem Wechsel der Parteispitze). Die Formulierung „Die Wirtschaft schafft Arbeit“ taucht auf: „Arbeitsplätze kann nur die Wirtschaft schaffen – dies muss allen klar sein. Diese Aufgabe übernehmen vor allem die klein- und mittelständischen Unternehmen.“ Man möchte nach wie vor „Fachkräfte im Inland ausbilden“, denn der FPÖ „Hauptaugenmerk liegt [...] auf Österreich und damit auch auf den berufstätigen Österreicherinnen und Österreichern. Diese müssen steuerlich entlastet werden.“

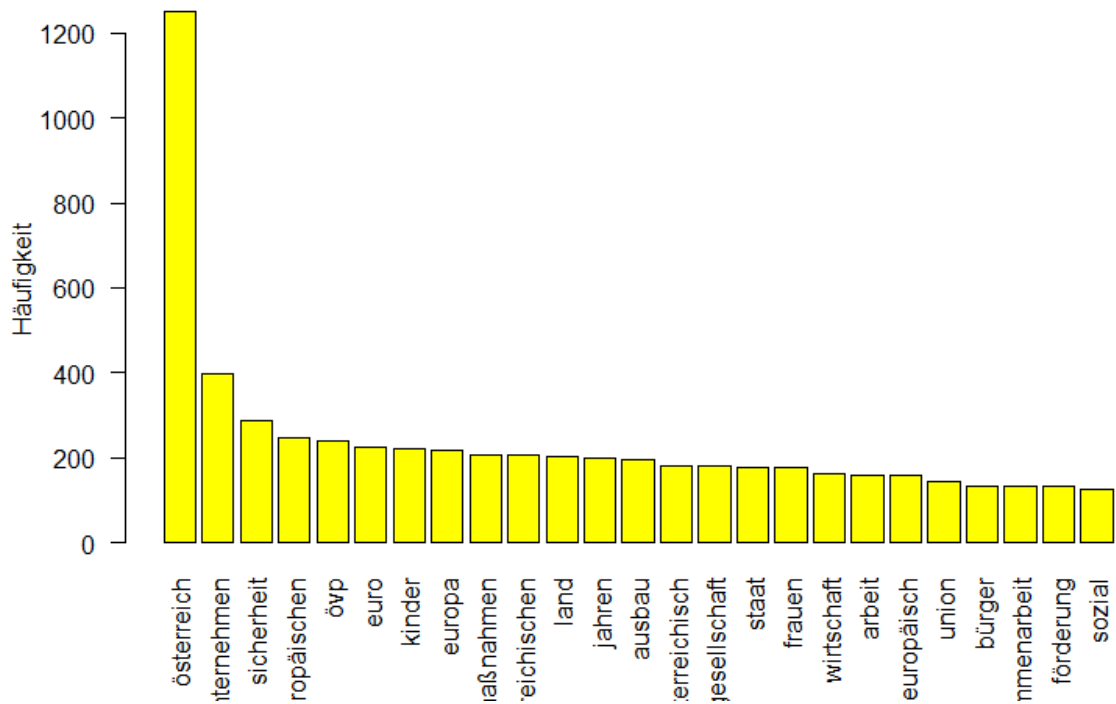
5. Ergebnisse der quantitativen Textanalysen

Eine erste naive Textanalyse der Wahlprogramme beinhaltet eine Zählung der am meisten benutzten Wörter. Figuren X, Y und Z stellen die 25 häufigsten Begriffe in den jeweiligen Wahlprogrammen der Periode 1999-2019 dar. Hier ist darauf zu achten, dass die Wahlprogramme sich zwischen den Parteien wie auch den Wahljahren stark in ihrer Länge unterscheiden können. Aus diesem Grund macht es mehr Sinn, die Häufigkeit relativ zu den anderen Begriffen zu interpretieren anstatt sich auf die absolute Anzahl zu fokussieren.

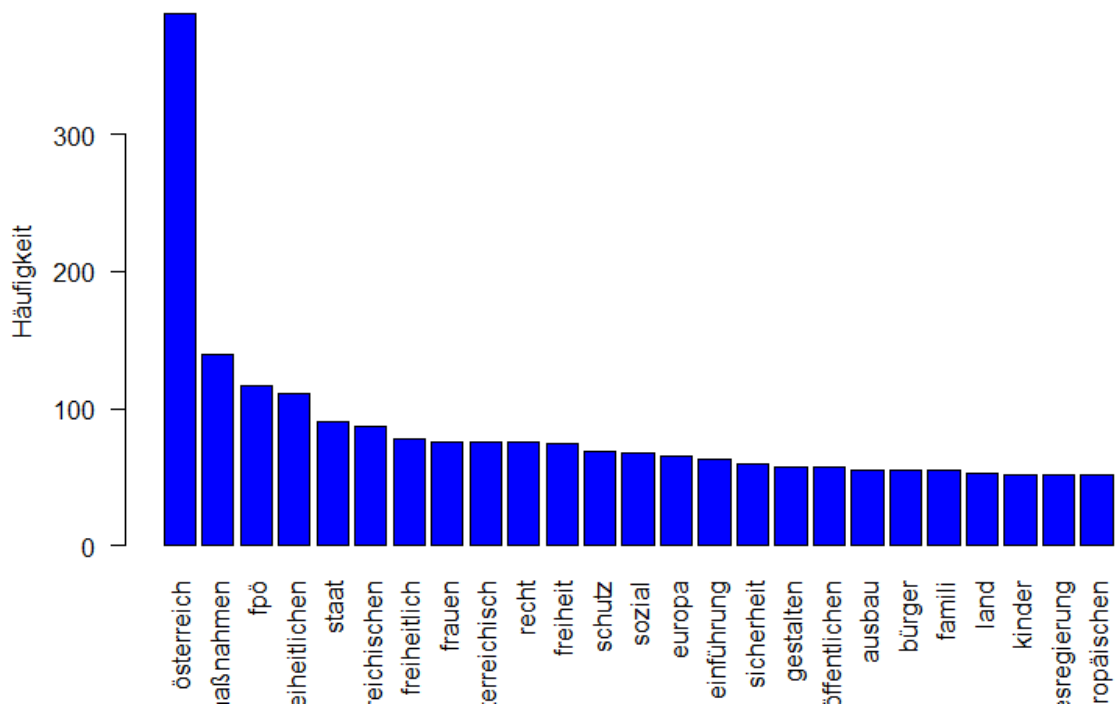
Meistbenutzte Worte in SPÖ-Programmen, 1999-2019



Meistbenutzte Worte in ÖVP-Programmen, 1999-2019



Meistbenutzte Worte in FPÖ-Programmen, 1999-2019



In den Programmen aller drei Parteien der Periode 1999-2019 ist "Österreich" der mit Abstand am meisten benutzte Begriff. Bei den darauf folgenden Positionen gibt es jedoch je nach Partei bereits

größere inhaltliche Unterschiede. Während in SPÖ-Wahlprogrammen Begriffe wie "euro", "frauen", "sozial" und "arbeit" zu den zehn häufigsten Wörtern gehören, sind die am meisten benutzten Wortstämme der ÖVP hier etwa "sicherheit" und "europa". Überhaupt scheint der Europa-Bezug in ÖVP-Wahlprogrammen viel stärker präsent zu sein als in jenen der anderen beiden Parteien. Dieser Bezug wäre noch stärker, würde man die Begriffe "europäischen" und "europäisch" zusammen addieren.

Sowohl SPÖ als auch ÖVP eint die vergleichsmäßig starke Nutzung der Begriffe "unternehmen", "euro" und "kinder". Gleichzeitig gibt es auch Unterschiede. So steht "frauen" bei SPÖ-Programmen auf Platz vier, während es bei ÖVP-Programmen auf Platz 17. Im Fall des Begriffs "sozial" rangiert dieser in SPÖ-Programmen auf Platz fünf, während er in ÖVP-Programmen auf dem letzten Platz der Top 25 landet. "arbeit" liegt auf Platz 19.

Im Falle der FPÖ gibt es insofern eine Nähe zur Rhetorik der SPÖ, als dass die Begriffe "frauen" und "sozial" deutlich öfter benutzt werden als etwa in ÖVP-Programmen. Es dominieren Bezüge zum "Freiheitlichen" ("freiheitlichen", "freiheitlich", "freiheit", was wohl dem Parteinamen geschuldet sein wird), zum "Österreichischen" ("österreichischen", "österreichisch"). Eine weitere vermutete Themengruppe betrifft die Begriffe "staat", "recht", "schutz" und "sicherheit". Begriffe mit Europa-Bezug ("europa", "europäischen") nehmen in FPÖ-Programmen die Plätze 14 und 25 ein. Interessanterweise kommt "arbeit" in den Top 25 überhaupt nicht vor.

Neben der vereinfachten Zählung von Wörtern erlaubt das manifestoR-package auch die Berechnung statistischer Korrelationen zwischen zwei Wörtern - welche Wörter kommen öfter mit den Begriffen "arbeit" und "leistung" vor? In einigen Fällen liefern diese Analysen Resultate, die für unsere Forschungsfrage und Theoriebildung von Relevanz sind.

In den Spalten steht rechts der Korrelationskoeffizient. Bei einer geringen Textmenge, wie für einzelne Programme gegeben, ist dessen Aussagekraft zu relativieren, da dort, wo die Worte „Arbeit“ oder „Leistung“ jeweils nur sehr selten genutzt werden, die Korrelationseffizienten dadurch leichter Extremwerte annehmen. Bei höherer Textmenge empfiehlt es sich, erst Korrelationen ab einem Koeffizienten von 0.9 oder höher für theoretisch relevant zu erachten. Wir zeigen hier unhinichtlich dessen sämtliche Resultate, die für die Formulierung weiterer Hypothesen relevant sein können. Im Sinne von „Ergebnissen“ sind diese Listen daher aber mit Vorsicht zu interpretieren.

SPÖ 2002 "Arbeit"	SPÖ 2002 "Leistung"	SPÖ 2006 "Arbeit"	SPÖ 2006 "Leistung"
jährige	0.3 belohnt	0.5 wertvoll	0.47 harter 1
absicherungen	0.3 individuel	0.5 folgewirkungen	0.33 generat 0.71
arbeitsvertrag	0.3 eröffnung	0.5 gesundheitlichen	0.33 gesicherten 0.71
beeinflussen	0.3 lehrer	0.5 mob	0.33 lebensabend 0.71
gearbeitet	0.3 lehrerinnen	0.5 verbesserten	0.33 verbringen 0.71
regulären	0.3 bezahlung	0.35 verbreiteten	0.33 ältere 0.71
sozialrechtlichen	0.3 begabungen	0.35 harter	0.33 großer 0.58
bestreiten	0.3 schwierigen	0.35 leistung	0.33 leisten 0.45
lebensunterhalt	0.3 gleicher	0.35 grundbedürfni	0.33 arbeit 0.33
erfolgreich	0.3 entfalten	0.35 erfolgreich	0.33 land 0.31
teilzuhaben	0.3	teilhaben	0.33
vorbedingung	0.3	vorbedingung	0.33
dienstleistungsmärkt	0.3	anerkennen	0.33
wertvoll	0.3	zivildien	0.33
zivildienern	0.3		

ÖVP 1999 "Leistung"	ÖVP 2006 "Leistung"	ÖVP 2013 "Arbeit"	ÖVP 2019 "Leistung"
hoffnungsträg	0.53	wohl fühlen	0.41
lohn	0.38	aufwertung	0.41
fähig	0.38	berufsgruppen	0.41
geraten	0.38	wertschätzung	0.41
krise	0.38	schnittstellen	0.41
ursach	0.38	verloren	0.41
zunächst	0.38	gesundheitszustand	0.41
begabtenförderung	0.38	optimal	0.33
schulebenen	0.38		
bewähren	0.38		
forschungsstätten	0.38		
sagt	0.34		

FPÖ 2006 "Leistung"	FPÖ 2008 "Arbeit"	FPÖ 2017 "Leistung"	FPÖ 2017 "Arbeit"
zahlend	0.45	faktor	1
auskommt	0.45	abgabenbelastung	0.87
zuschüssen	0.45	beschäftigung	0.5
fachlich	0.45	eudurchschnitt	0.5
lebensraum	0.45	senken	0.5
vermittelt	0.45	vorrangig	0.5
innovationsförderung	0.45	dar	0.35
mehrfährig	0.45	stellt	0.35
zielvereinbarungen	0.45	tritt	0.35
ambitioniert	0.45	hemmni	0.35
ministerin	0.45	liegt	0.35
geringeren	0.32		
persönlich	0.32		
ausgeprägt	0.32		
forschungseinrichtungen	0.32		
vizekanzlerin	0.32		
leistungsstaat	0.32		
verwaltungsstaat	0.32		
bürger	0.31		

SPÖ 1999-2019 "Arbeit"	ÖVP 1999-2019 "Arbeit"	FPÖ 1999-2019 "Arbeit"
besten	0.97	schafft
absolvieren	0.96	besten
gestiegen	0.96	finanziel
lehrling	0.96	entscheidend
prozess	0.96	entwickelt

weltweit	0.96	bauen	0.91	bürgernäh	0.87
dringend	0.95	beschlossen	0.91	gelten	0.87
ersten	0.95	ehrenamtlichen	0.91	unterstützung	0.87
fehlt	0.95	gymnasium	0.91	verfügung	0.87
gehalt	0.95	innov	0.91	anspruch	0.86
gesehen	0.95	investieren	0.91	befinden	0.86
herausforderung	0.95	nein	0.91	betreuung	0.86
klein	0.95	qualitativ	0.91	daten	0.86
lehrerinnen	0.95	religiös	0.91	entwicklungen	0.86
leisten	0.95	zugang	0.91	genommen	0.86
paar	0.95	chancen	0.9	psychologisch	0.86
schnell	0.95	jungen	0.9	tatsächlich	0.86
schülerinnen	0.95	prävention	0.9	umfeld	0.86
stunden	0.95	sehen	0.9	zahlreich	0.86
vergleich	0.95	zählen	0.9	zusätzlich	0.86
zahlen	0.95	abgestuften	0.89	ausbildung	0.85
zeigen	0.95	ansprechpartn	0.89	darstellt	0.85

6. Diskussion der Ergebnisse

Wir haben die Wahlprogramme von SPÖ, ÖVP und VdU/FPÖ von 1945 bis 2019 einer qualitativen und quantitativen Textanalyse hinsichtlich der Kommunikation von Wertschätzung gegenüber der Erwerbsarbeit von ArbeiterInnen unterzogen.

Auf Grundlage der präsentierten Daten formulieren wir zusammenfassend die folgende Hypothese: im historischen Verlauf verschiebt sich zwar nicht das Volumen an Wertschätzung gegenüber der Erwerbsarbeit von ArbeiterInnen, aber die Präzision und Klarheit, mit welcher diese kommuniziert wird, von der politischen Linken zur politischen Rechten.

Die SPÖ der Nachkriegszeit führt einen *einigenden Arbeitsbegriff* ins Feld, der eine Diversität der Formen von Arbeit als wichtige gesellschaftliche Beiträge anerkennt, Arbeit sowohl als *Recht* als auch als *Pflicht* sieht und die Gesellschaft primär durch dieses Prisma der Arbeit begreift. Bis in die 1980er Jahre drückt sie Wertschätzung gegenüber (Erwerbs-)Arbeit durch eine standhafte Affirmation staatlicher Intervention in der Beschäftigungspolitik aus. Eine Diskursverschiebung geschieht ab den 1960er Jahren, indem Bildung(saufstieg) und Qualifikation ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken. Eine zweite vollzieht sich ab den 1980er Jahren, als der Arbeitsdiskurs der SPÖ technokratischer wird. Während der inhaltliche Einsatz für Fortschritte im Arbeitsrecht aufrecht bleibt, wird die Erwerbsarbeit von ArbeiterInnen jedoch zunehmend als Problemgebiet anstelle eines wertvollen Beitrags begriffen: ihre Arbeitslosigkeit muss verhindert werden; sie haben *Recht* auf Arbeitsplätze – braucht aber die Gesellschaft sie?

Die politische Rechte spricht ArbeiterInnen und ArbeitnehmerInnen während dem gesamten Beobachtungszeitraum durch den Begriff der *Leistung* an, welcher es erlaubt, den gesellschaftlichen Beitrag von UnternehmerInnen und ArbeiterInnen mit einem Maß zu messen und den Aufbau von Privateigentum zu seinem Ziel zu erklären. Während sowohl ÖVP als auch FPÖ die großen historischen Perioden ebenso mitgehen wie die Sozialdemokratie (Modernisierungs-, Bildungs- und Qualifizierungsdiskurs gewinnt seit den 1960er Jahren an Dominanz, etc.), scheint ab den späten 1980er Jahren, im makroökonomischen Klima der Austerität, zuerst die FPÖ und während der 2010er

Jahre schließlich auch die ÖVP die Gelegenheit zu ergreifen, die Erwerbsarbeit von ArbeiterInnen durch einen nochmals gesteigerten, *produktivistischen Leistungsbegriff* und persönlich-charakterliche Wertungen zu valorisieren: Tüchtigkeit, Fleiß, Tatkraft, Aktivität, anständige Arbeit. Dies wird vor allem durch das saliente Thema der wohlfahrtsstaatlichen Politik ermöglicht: ein Sozialstaat, der unter budgetärem Druck steht, kann es sich nur leisten, die Tüchtigen zu inkludieren – nicht aber jene, die nicht arbeiten wollen. Hier wird durch einen *produktivistisch-chauvinistischen Arbeitsbegriff* sozusagen *verkehrte Anerkennung* ausgedrückt, nämlich durch die Herabwürdigung und Abgrenzung von anderen Gesellschaftsgruppen. Im Zuge dessen wird Arbeit mehr als *Pflicht* denn als Recht begriffen.

Es muss betont werden, dass ab 2008 Wertschätzung für Erwerbsarbeit und für ArbeiterInnen in den Programmen aller Parteien wieder zunimmt. „Anerkennung“ und „Wertschätzung“ z.B. gegenüber Lehrlingen, werden von einer SPÖ (2017) sogar explizit und ausführlich besprochen. Die SPÖ scheint hier quantitativ das Feld zu führen, liegt jedoch zurück, was die Klarheit und (rhetorische) Treffsicherheit ihres Diskurses betrifft.

7. Wie dann?

Wie kann man in der Gegenwart den Wert der Erwerbsarbeit von ArbeiterInnen effektiv und treffsicher ansprechen, ohne in reine Leistungsdiskurse oder gar die beschriebenen produktivistisch-chauvinistischen Diskurse zu verfallen? Wir möchten zum Abschluss vier mögliche Inspirationsfälle besprechen.

1. Der Sozialdemokrat Olaf Scholz und die SPD gewinnen am 26. September 2021 die deutsche Bundestagswahl. Im Titel von Scholz Wahlkampagne stehen drei Worte, das mittlere ist: „Respekt“.
Auf der Website der Kampagne wird jeder der Programmpunkte eingeleitet durch den Halbsatz: „Respekt heißt für mich: ...“ Der erste Punkt in Scholz Programm ist jener der Arbeit. „Gut“ und „sicher“ soll sie sein. Klickt man darauf, liest man: „RESPEKT FÜR ARBEIT“. Die zentrale Forderung („Respekt heißt für mich:“) „Wer den ganzen Tag arbeitet, muss davon ohne zusätzliche Unterstützung leben können.“
(olaf-scholz.spd.de)
2. 2018 startet die Österreichische Arbeiterkammer eine bundesweite Kampagne unter dem Motto „Arbeit verdient mehr Respekt“ (ungesetzt von We Love\TBWA). Printsujets, Fernseh- und Kino-Werbespots zeigen arbeitende Frauen und Männer verschiedener Berufe, viele von ihnen in klassischer blue-collar Arbeitsmontur. Slogans inkludieren: „Danke Frühaufsteher!“ und „Wir halten Österreich am Laufen“. Mit der Kampagne möchte man „öffentlich den Respekt einfordern, den die Menschen und ihre Arbeit verdienen.“
(DerStandard.at¹)
3. Der während der Covid-19-Lockdowns saliente Diskurs über *SystemerhalterInnen* wurde von manchen arbeitenden Menschen wie z.B. KünstlerInnen, die nicht auftreten konnten, als diskriminierend erlebt.
Gleichzeitig bot dieser Diskurs eine Gelegenheit, den gesellschaftlichen Beitrag vieler Berufsgruppen, unter ihnen ArbeiterInnen, zu valorisieren. Und das geht auch ohne die gleichzeitige Abwertung anderer, wie z.B. die NÖ Arbeiterkammer vorzeigt.
Da steht: "Unsere arbeitenden Frauen und Männer sind die wahren LeistungsträgerInnen. Sie halten unser Land am Laufen. Sie verdienen Respekt und Gerechtigkeit“, und weiter: „Wir

richten unseren anerkennenden Blick auf jene, die unser Land derzeit tragen. [...] Sie stehen unter anderem weiterhin in den Produktionshallen, sie verkaufen im Handel, sie arbeiten am Bau, sie leisten Kundendienst am Schalter, sie halten die Ordnung im Land aufrecht, sie pflegen und versorgen Kranke und Pflegebedürftige.“

Dass die „wahren LeistungsträgerInnen“ mittelfristig nicht bloß einen anerkennenden Blick (oder das berühmte Klatschen) möchten, sondern auch entsprechende Lohnabschlüsse, versteht sich. Zur primären kommunikativen Kontaktaufnahme und -aufrechterhaltung braucht es jedoch anerkennende Gesten!
(noe.arbeiterkammer.at/respekt)

4. Die österreichische Sozialdemokratie hat in den vergangenen Jahren in drei Landtagswahlen Mehrheiten erneuert, dabei jeweils mit beträchtlichem Vorsprung.

		Wien 11.10.2020	Burgenland 26.01.2020	Kärnten 04.03.2018
SPÖ	gesamt ArbeiterInnen	41,62% 37%	49,94% 52%	47,9
ÖVP	gesamt ArbeiterInnen	20,43% 3%	30,58 15%	15,5
FPÖ	gesamt ArbeiterInnen	7,11% 26%	9,79 30%	23,0
HC Strache	gesamt ArbeiterInnen	3,27% 29%		

Für die Kärntner Landtagswahl 2018 bestehen leider keine Zahlen nach Erwerbsgruppen, es wählten jedoch 48% der Pflichtschul- und 47% der LehrabsolventInnen die SPÖ, sowie jeweils 29% und 30% dieser Gruppen die FPÖ.

In seinem Wahlprogramm nutzte Michael Ludwig die erste Programmseite (gesamt S.3), um festzuhalten, er sei „bei einer alleinerziehenden Mutter auf[gewachsen], die untermals in der Fabrik arbeitete und danach noch putzen ging. Ihrem Sohn lebte sie vor, wie wichtig Arbeit und Bildung für den sozialen Aufstieg sind.“ Ebenso sei er zuletzt „berührt [gewesen] [...] mitten in der Corona-Krise, als er Applaus von so vielen Wiener Fenstern hörte: „Das war eine schöne Geste der Solidarität mit all jenen, die für die Gemeinschaft da sind. Nun kommt es darauf an, für diese Held*innen des Alltags höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen.“

Im Dezember 2019, kurz vor der burgenländischen Landtagswahl, kündigt die SPÖ Burgenland die Einführung eines Mindestlohns von € 2.400 brutto für alle Beschäftigten im Einflussbereich des Landes an. Hans-Peter Doskozil kommentiert dies folgendermaßen: „Wir sind die Partei der Arbeiter. Wir haben für einen sozialpolitischen Ausgleich zu sorgen. Wir wollen keine prekären Dienstverhältnisse wie in Deutschland. Bei uns steht der arbeitende Mensch im Mittelpunkt und soll auch dementsprechend wertgeschätzt werden“ – und gewinnt einen Monat später eine absolute Mehrheit.
(SPÖ Wien 2020; Kontakt.at³)

³ Für die Kärntner Landtagswahl 2018 steht leider kein Wahlprogramm zur Analyse zur Verfügung. Die Durchsicht anderer Materialien deutet an, dass hier kein stark sichtbarer Arbeits-bezogener Diskurs eine Rolle spielte, sehr wohl jedoch ein Sozialstaatlicher und ein Heimat-bezogener Diskurs.

8. Problemstellen dieses Forschungsprojektes und weiterer Ausblick

Das Research Design unseres Projektes wirft mehrere Fragen und Probleme auf.

Was die Wahl des Datenmaterials betrifft, variieren Wahlprogramme extrem in Länge und Format. Man hat auf 200 Seiten (SPÖ 2017) schlicht mehr Platz, Wertschätzung gegenüber vielerlei Gruppen und Objekten auszudrücken als auf zehn. Die Programme variieren außerdem recht stark in der Expressivität ihres Diskurses. Manche Programme haben eine starke technische Komponente (Zahlen, Daten, Fakten), andere mehr Bilder, Zitate, Sprüche. Selbiges zeigt sich in der Sprache: manche nutzen Standphrasen, andere einen technokratischen Jargon, wieder andere eine expressive bis hin zu emotionalisierte Sprache.

Sowohl Ergebnisse als möglicherweise aber auch Probleme sind die folgenden Einsichten: erstens, Parteien haben gewisse Standsätze, die sie in ihren Wahlprogrammen immer nutzen (teilweise von 1945 bis 2019). Zweitens, in verschiedenen Epochen (oder unter gewissen objektiven Umständen wie z.B. Konjunktur) verschiebt sich der Diskurs als Ganzes: alle Parteien beginnen, über gewisse Themen zu sprechen, und teilweise auch, eine ähnliche Ausdrucksweise und ähnliche Framings zu benutzen. Drittens, die Offensivität und damit auch die Expressivität des Diskurses eines Wahlprogramms variiert stark in Abhängigkeit davon, ob sie ein Regierungsamt verteidigt oder aus der Opposition heraus spricht.

Die Analyse eines Korpus von öffentlichen Reden und/oder von Presseaussendungen könnte interessanter sein als jene der Wahlprogramme. Dabei ist auf den historischen Zeitrahmen zu achten, für den ein solcher Korpus verfügbar ist.

Es wäre ein Ziel, die qualitative Analyse, welche sich momentan mit reiner Deskription begnügt, zu formalisieren und die Texte zu coden, um ein objektiveres Maß an Vergleichbarkeit zu bieten. Dies würde beinhalten, zu coden, ob, in welchem Maß, und auf welche Weise Wertschätzung gegenüber der Erwerbsarbeit von ArbeiterInnen ausgedrückt wird. Für einzelne Textpassagen ließe sich das erste binär (0/1), das zweite kontinuierlich (z.B. 1-5) und das letzte für mehrere festgelegter Dimensionen (siehe hierunter) z.B. jeweils entweder binär oder kontinuierlich coden. Zusätzlich könnte ein Maß der Zentralität, welche diese Elemente im Text einnehmen, systematisch erhoben werden: kommen sie an besonders sichtbaren Stellen wie Überschriften, Unterüberschriften, oder am Titelblatt vor? Wie weit vorne oder hinten im Text kommen sie vor?

Anhaltspunkte für die Multi-Dimensionalität von Wertschätzung gegenüber Erwerbsarbeit (von ArbeiterInnen) finden sich in den Ergebnissen der vorliegenden qualitativ-deskriptiven Erhebung. Unter anderem würde diese inkludieren:

- Wird Arbeit als Recht und/oder als Pflicht betrachtet?
- Wird der gesellschaftliche Beitrag, der durch Erwerbsarbeit erbracht wird, betont und wird Arbeit als gesellschaftliche Partizipationsform betrachtet?
- Wird umgekehrt Arbeit als notwendiges soziales Zugangskriterium bewertet?
- Wird Lohn, Einkommen, materielle Kompensation und individueller materieller Aufstieg durch Arbeit betont?
- Wird Qualifikation und (Aus-)Bildung betont?
- Welche konkreten arbeitenden Gruppen werden hervorgehoben? (Frauen, Junge, Ältere, Berufsgruppen, ...)
- Wird Arbeit als (individuelle) Selbstverwirklichung betrachtet?
- Wird die Motivation der Arbeitenden betont?
- Wie wird über arbeitslose Menschen gesprochen?

Um dies zu verwirklichen, müssten jedoch noch einige wichtige Interpretationsfragen geklärt werden.

Einer der Hauptdiskurse zum Thema „Arbeit“ aller Parteien ist das Thema der Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und des Arbeitsmarktes. Über weite Strecken drücken sich Parteien dabei ähnlich aus. Wenn eine Partei schreibt „Vollbeschäftigung ist unser Ziel!“, zu welchem Grad drückt dies *rein auf rhetorischer / diskursiver Ebene* Wertschätzung für Erwerbsarbeit aus? Unterscheidet es sich, wiederum rein in Hinsicht auf rhetorisch / diskursiv ausgedrückte Wertschätzung, von der Aussage „Arbeitsplätze sichern!“? Welche Wertschätzung wird ausgedrückt, wenn von „Arbeitsmärkten“ gesprochen wird?

Wir tendieren dazu, jede einzelne Aussage in ihrem diskursiven (nach wie vor jedoch nicht programmatischen) Zusammenhang zu prüfen. Eine, zumal als Ausruf formulierte, Forderung nach Vollbeschäftigung drückt in jedem Fall Wertschätzung gegenüber Erwerbsarbeit – aller Berufsgruppen – aus, denn eben diese soll ja geschaffen bzw. garantiert werden. Es ließe sich diskutieren, ob dieser Ausdruck Wertschätzung gegenüber dem gesellschaftlichen Beitrag ausdrückt, welchen ArbeiterInnen leisten. Dies wäre von kontextuellen Aussagen abhängig.

Bei der Aussage „Arbeitsplätze sichern“ wird Arbeit als etwas Gefährdetes dargestellt. Arbeit ist also etwas zu Verteidigendes. Warum, wofür? Für den individuellen Nutzen? Für eine normative Vision der Gesellschaft – welche? Zum Zweck der Nicht-Belastung des Staatsbudgets? Eine klare Feststellung muss vom textuellen Kontext abhängen.

In vielen Fällen ist die Mehrheit der Aussagen zum Thema „Arbeit“ in Parteiprogrammen ähnlicher Natur wie der hier beschriebenen und ähnelt sich recht stark über Parteigrenzen hinweg. Die Analyse läuft Gefahr, die relevanten Unterschiede zwischen Parteidiskursen zu „Arbeit“ anhand einer Minderheit der Erwähnungen des Themas festzustellen.

Es stellt sich die Frage, ob eine ausreichend klare Feststellung, ob „Wertschätzung“ ausgedrückt wird oder nicht, ohne Fokus auf die Rezeption dieser Diskurse bei der relevanten Bevölkerungsgruppe überhaupt möglich ist. Eine Alternative wäre es, lediglich thematische Verknüpfungen des Themas „Arbeit“ mit anderen Themen zu analysieren. Dies würde allerdings die hier zentral gestellte Frage der *Wertschätzung und Bewertung* verfehlen. Falls man beim hier vorgestellten Forschungsdesign verbleibt, könnte ein tiefergehender Einstieg in das Konzept der Anerkennung nach Honneth / Fraser der Analyse möglicherweise sowohl mehr Trennschärfe als auch mehr Tiefgang verleihen.

Schließlich wäre es in späteren Projekten möglicherweise interessant, ein Maß der diskursiven Anerkennung für die Erwerbsarbeit von ArbeiterInnen als erklärenden Faktor z.B. für das Wahlverhalten von ArbeiterInnen zu nutzen. Wahlverhalten hat natürlich viele Faktoren, weshalb in einem solchen Forschungsdesign mit Kontrollvariablen gearbeitet werden muss (SpitzenkandidatInnen, inhaltlich-programmatische Punkte, politische Kommunikation abgesehen vom hier analysierten Punkt, Wirtschaftslage, öffentliche Ereignisse inkl. politische Skandale und Handlungen der Parteien, insbes. der Regierenden, während der vorhergegangenen Legislaturperiode, etc.).

Aber auch schon die Variable der Wertschätzung bzw. Anerkennung erweist sich hier als komplex, und zwar zumindest in zweierlei Hinsicht. Erstens trägt jeder wahlberechtigte Mensch ja „mehrere Hüte“: man kann ihn/sie zB als ArbeiterIn, AutofahrerIn, Wohnende, Elternteil, ÖsterreicherIn, gut/schlecht Gelaunte, etc. ansprechen. Eine Frage wäre es also, wieviel Effekt Wertschätzung gegenüber der Erwerbsarbeit von ArbeiterInnen gegenüber anderen Anerkennungsformen entfaltet, welche in derselben Bevölkerungsgruppe resonieren.

Zweitens müsste folgende Hypothese geprüft werden: zeigt das Gesamtmaß der Anerkennung gegenüber (der Erwerbsarbeit von) ArbeiterInnen einen Effekt unabhängig vom Gesamtmaß der Anerkennung, die gegenüber (der Arbeit von) anderen Gruppen ausgedrückt wird? Oder zeigt vielmehr das relative Maß an Anerkennung einen Effekt? Die letztere Hypothese entspricht einer Interpretation von Anerkennung als Zuschreibung eines sozialen Status (s. Gidron/Hall 2017). Dies ist eine Dimension von Anerkennung, jedoch nicht die einzige, woran neben einer wissenschaftlich-theoretischen Implikation auch ein normativ-ethisches Interesse hängt: ist es denn tatsächlich nur dann möglich, mit einer Gesellschaftsgruppe wertschätzend zu kommunizieren, wenn man sie als *wichtiger als andere darstellt*? Falls es andere Möglichkeiten gibt, so besteht ein demokratisch-egalitäres Interesse daran, diese zu verstehen. Eine Gegenhypothese wäre es, dass Gruppen sich dann anerkannt fühlen, wenn ihnen eine klar umrissene, positiv besetzte und akzeptable Rolle im Rahmen einer kohärenten Gesamtvision der Gesellschaft zugeschrieben wird – (zumindest teilweise) unabhängig vom relativen Status dieser Rolle. Diese Perspektive entspricht mehr der Literatur über „moralische Ökonomie“ (Thompson 1971; spezifischer Mau 2003), welche soziale (und ökonomische) Rollen als von reziproken gesellschaftlichen Normen über Rechte und Pflichten definiert ansieht und Verletzungen dieser Normen als Grund für politische Unzufriedenheit.

Ein interessanter Schritt, der noch nicht den ganzen Weg zu Wahlverhaltensanalysen geht, wäre es (wie bereits erwähnt), die Resonanz verschiedener Diskurse über die Erwerbsarbeit von ArbeiterInnen in dieser Gruppe empirisch zu testen (z.B. durch individuelle oder Fokusgruppeninterviews sowie durch experimentielle Umfragedesigns). Es ist zu vermuten, dass entsprechende Ergebnisse in der angewandten Markt- und Meinungsforschung bereits vorliegen bzw. auch von politischen Parteien oder Gewerkschaften bereits in Auftrag gegeben wurden.

Möglicherweise haben wir hier auch den Versuch unternommen, eine Theorie, die sich auf die 2010er (und frühen 2020er) Jahre bezieht, auf frühere Epochen auszuweiten. Es ist jedoch nicht gänzlich unsinnig, da sich der gesellschaftliche Zustand, der als „Spätkapitalismus“ (advanced capitalism) bezeichnet wird, ja bereits seit den 1970er/1980er Jahren herausgebildet hat.

Referenzen

- Amory Gethin, Clara Martínez-Toledano, Thomas Piketty, 2021, Brahmin Left versus Merchant Right: Changing Political Cleavages in 21 Western Democracies, 1948-2020. 2021. fffalshs-03226118f
- Betz, Hans-Georg, 1994, *Radical right-wing populism in Western Europe*. New York: St. Martins Press.
- Betz, Hans-Georg, 2021, We Are Not Worthless: Resentment, Misrecognition and Populist Mobilization, *Fair Observer*, 12. Juli 2021. <https://www.fairobserver.com/fo-staging/politics/hans-georg-betz-resentment-misrecognition-populist-mobilization-politics-us-germany-news-12711/>.
- Bornschieer Simon, Hans-Peter Kriesi, 2013, The Populist Right, the Working Class, and the Changing Face of Class Politics, in: Jens Rydgren (Hrsg.), *Class Politics and the Radical Right*. New York: Routledge.
- Cramer, Katherine, 2020, „Understanding the Role of Racism in Contemporary US Public Opinion“. *Annual Review of Political Science* 23(1): 153–69.
- Damhuis, Koen, 2020, *Roads to the Radical Right Understanding Different Forms of Electoral Support for Radical Right-Wing Parties in France and the Netherlands*. Oxford: OUP.
- Demertzēs, Nikos, 2020, *The political sociology of emotions: essays on trauma and resentment*. New York i.a.: Routledge.

DerStandard.at¹, 22/10/2018, Neue Arbeiterkammer-Kampagne fordert: "Arbeit verdient mehr Respekt", <https://www.derstandard.at/story/2000089841260/arbeit-verdient-mehr-respektneue-kampagne-fuer-die-arbeiterkammer-von-we>

Fraser, Nancy, 2000, Rethinking Recognition, *New Left Review* 3: 107–20.

Fukuyama, Francis, 2018, *Identity: The Demand for Dignity and the Politics of Resentment*. NY: Farrar, Straus, Giroux.

Gidron, Noam, Peter A. Hall, 2017, The politics of social status: economic and cultural roots of the populist right, *The British Journal of Sociology* 68(S1), S58-S84.

Gidron, Noam, Peter A. Hall, 2020, Populism as a Problem of Social Integration, *Comparative Political Studies* 53(7): 1027–59.

Gougou, Florent, 2015, Les ouvriers et le vote Front National. Les logiques d'un réalignement électoral. In S. Crépon, A. Dézé & N. Mayer (eds.), *Les faux-semblants du Front national*. Paris: Presses de Sciences Po.

Guilluy, Christophe, 2015, *La France périphérique: comment on a sacrifié les classes populaires*. Champs. Paris: Flammarion.

Häusermann, Silja, 2020, Dualization and Electoral Realignment, *Political Science Research and Methods* 8(2): 380–85.

Honneth, Axel, 1992, *Kampf um Anerkennung: zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Keller, Rainer, Inga Truschkat, 2013, *Methodologie und Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse*. Springer.

Kitschelt, Herbert, 1994, *The Transformation of European Social Democracy*. Cambridge UP.

Kontast.at¹, 19/12/2019, Doskozil: Burgenland führt 2.400 Euro Mindestlohn ein, <https://kontrast.at/burgenland-mindestlohn-1700-euro-spo-e-doskozil/>

Koppetsch, Cornelia, 2019, *Die Gesellschaft des Zorns: Rechtspopulismus im globalen Zeitalter*. transcript-Verlag.

Kriesi, H.-P., E. Grande, R. Lachat, M. Dolezal, S. Bornschieer, T. Frey, 2008, *West European Politics in the Age of Globalization*. Cambridge and New York: Cambridge University Press.

Kurer, Thomas, 2020, The Declining Middle: Occupational Change, Social Status, and the Populist Right, *Comparative Political Studies* 53(10–11): 1798–1835.

Kurer, Thomas, Bruno Palier, 2019, Shrinking and Shouting: The Political Revolt of the Declining Middle in Times of Employment Polarization, *Research & Politics* 6(1): 205316801983116.

Lamont, Michèle, 2009, *The Dignity of Working Men: Morality and the Boundaries of Race, Class, and Immigration*. Harvard UP.

Lamont, Michèle, Bo Yun Park, Elena Ayala-Hurtado, 2017, Trump's Electoral Speeches and His Appeal to the American White Working Class: Trump's Electoral Speeches, *The British Journal of Sociology* 68: S153–80.

Manifesto Project Database, 2021,
<https://manifestoproject.wzb.eu/information/documents/information>

Momentum Institut, 2021, *Langzeitarbeitslosigkeit: Neuer Rekord verdeutlicht Handlungsbedarf*. Momentum Institut, <https://www.momentum-institut.at/news/langzeitarbeitslosigkeit-neuer-rekord-verdeutlicht-handlungsbedarf>

Mau, Steffen, 2003, *The Moral Economy of Welfare States: Britain and Germany compared*, New York: Routledge

Mckenzie, Lisa, 2017, 'It's not ideal': Reconsidering 'anger' and 'apathy' in the Brexit vote among an invisible working class, *Competition & Change*, 21(3): 199-210.

Mughan A, C. Bean, I. McAllister, 2003, Economic globalization, job insecurity and the populist Reaction, *Electoral Studies* 22(4): 617–633.

Norris, Pippa, Ronald Inglehart, 2019, *Cultural Backlash Trump, Brexit, and the Rise of Authoritarian Populism*. Cambridge i.a.: Cambridge UP.

Noe.arbeiterkammer.at¹, <https://noe.arbeiterkammer.at/respekt>

Oesch, Daniel, 2006, Coming to grips with a changing class structure. An analysis of employment stratification in Britain, Germany, Sweden and Switzerland, *International Sociology* 21(2): 263-288

Oesch, Daniel, Line Rennwald, 2018, Electoral competition in Europe's new tripolar political space: Class voting for the left, centre-right and radical right, *European Journal of Political Research* 57(4): 783-807

Pelinka, Anton, Fritz Plasser, Wolfgang Meixner (Hg.), 2000, Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien. *Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung, Band 22*. Wien: Signum-Verlag. S. 169-202.; ebenso in: <http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/plasserulram.pdf>

Rehm P, JS. Hacker, M. Schlesinger, 2012, Insecure alliances: Risk, inequality, and support for the welfare state, *American Political Science Review*, 106(2): 386–406.

Rosa, Hartmut (2019): *Resonanz - Eine Soziologie der Weltbeziehung*. Suhrkamp

Salmela, Mikko, Christian von Scheve, 2017, Emotional Roots of Right-Wing Political Populism, *Social Science Information* 56(4): 567–95.

Savage, Michael, 2015, *Social class in the 21st century*. London: Pelican/Penguin.

Olaf-Scholz.SPD.de, <https://olaf-scholz.spd.de/meine-ziele/>

Smith, Heather J., Thomas F. Pettigrew, Gina M. Pippin, Silvana Bialosiewicz, 2012, Relative Deprivation: A Theoretical and Meta-Analytic Review, *Personality and Social Psychology Review* 16(3): 203–32.

SORA/ISA, SORA Institut: Wahlanalysen; <https://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen.html>

SPÖ Wien, 2020, Unser Wien in besten Händen. Wahlprogramm zur Landtagswahl 2020. In: <https://www.spoe.wien/wp-content/uploads/sites/943/2020/09/michael-ludwig-spoe-wien-wahlprogramm-2020.pdf>

Statistik.at¹, Informationen zur ISCO-08 (statistik.at), https://www.statistik.at/web_de/klassifikationen/oisco_08/informationen_zur_isco08/index.html

Thompson, E.P., 1971, The Moral Economy of the English Crowd in the Eighteenth Century, Past & Present, 50: 76-136

Until.ch¹, Oesch, Daniel, Scripts for Social Class, in: <https://people.unil.ch/danieloesch/scripts/>

Von Oorschot, Wim, 2000, Who should get what, and why? On deservingness criteria and the conditionality of solidarity among the public, Policy & Politics 28 (1): 33–48

Sämtliche Online-Quellen wurden am 08.10.2021 zuletzt überprüft.

Annex 1

Im folgenden werden die wichtigsten Züge des Berufsklassenschemas nach Oesch (2006) erläutert. Dieses unterscheidet Fach- und HilfsarbeiterInnen und manuellen und Dienstleistungsberufen. Es entspricht darin nicht exakt dem (historischen) sozialrechtlichen Begriff der ArbeiterIn in Österreich.

16-Klassen-Schema

1 "Large employers"
2 "Self-employed professionals"
3 "Small business owners with employees"
4 "Small business owners without employees"
5 "Technical experts"
6 "Technicians"
7 "Skilled manual"
8 "Low-skilled manual"
9 "Higher-grade managers and administrators"
10 "Lower-grade managers and administrators"
11 "Skilled clerks"
12 "Unskilled clerks"
13 "Socio-cultural professionals"
14 "Socio-cultural semi-professionals"
15 "Skilled service"
16 "Low-skilled service".

8-Klassen- Schema

I (1+2)	Self-employed professionals and large employers
II (3+4)	Small business owners
III (5+6)	Technical (semi-)professionals
IV (7+8)	Production workers
V (9+10)	(Associate) managers
VI (11+12)	Clerks
VII (13+14)	Socio-cultural (semi-)professionals
VIII (15+16)	Service workers

ISCO 08 Code

Title EN

Oesch Class

1	Managers	9
11	Chief executives, senior officials and legislators	9
12	Administrative and commercial managers	9

13	Production and specialised services managers	9
14	Hospitality, retail and other services managers	10
2	Professionals	
21	Science and engineering professionals	5
22	Health professionals	13
23	Teaching professionals	13
24	Business and administration professionals	9
25	Information and communications technology professionals	5
26	Legal, social and cultural professionals	13
3	Technicians and associate professionals	
31	Science and engineering associate professionals	6
32	Health associate professionals	14
33	Business and administration associate professionals	10
34	Legal, social, cultural and related associate professionals	14
35	Information and communications technicians	6
4	Clerical support workers	11
41	General and keyboard clerks	11
42	Customer services clerks	11
43	Numerical and material recording clerks	11
44	Other clerical support workers	11
5	Service and sales workers	15
51	Personal service workers	15
52	Sales workers	15
53	Personal care workers	15
54	Protective services workers	15
6	Skilled agricultural, forestry and fishery workers	7
61	Market-oriented skilled agricultural workers	7
62	Market-oriented skilled forestry, fishery and hunting workers	7
63	Subsistence farmers, fishers, hunters and gatherers	7
7	Craft and related trades workers	7
71	Building and related trades workers, excluding electricians	7
72	Metal, machinery and related trades workers	7
73	Handicraft and printing workers	7
74	Electrical and electronic trades workers	7
75	Food processing, wood working, garment and other craft and related trades workers	7
8	Plant and machine operators, and assemblers	8
81	Stationary plant and machine operators	8
82	Assemblers	8
83	Drivers and mobile plant operators	8
9	Elementary occupations	
91	Cleaners and helpers	16
92	Agricultural, forestry and fishery labourers	8
93	Labourers in mining, construction, manufacturing and transport	8
94	Food preparation assistants	16
95	Street and related sales and service workers	16
96	Refuse workers and other elementary workers	8
01	Commissioned armed forces officers	9
02	Non-commissioned armed forces officers	10